



Was liest ein ehemaliger Knecht?

Über die Autorenbibliothek von Franz Innerhofer

CHRISTIAN KASERER

Die Autorenbibliotheksforschung ist ein vergleichsweise junger Zweig der Literaturwissenschaft – nichtsdestoweniger ein florierender. Zwischen Material Culture Studies, genetischer Textkritik und einer erneuerten Biografieforschung angesiedelt, betrachtet sie Autorenbibliotheken nicht bloß als Texte, sondern als Forschungsobjekt sui generis: als Besitz, als Gebrauchsobjekte, als Zeugnisse kultureller Selbstverortung und als Teil der literarischen Produktion. Wer was liest – und wie, woher, in welcher Ausgabe, mit welchen Randnotizen oder Widmungen – wird dabei nicht lediglich als individuelle Lesepraxis, sondern als Teil eines diskursiven Feldes verstanden. Autorenbibliotheken fungieren so als Schnittstellen: zwischen Werk und Leben, zwischen Idee und Text. Die Forschung steckt noch in einer vergleichsweise frühen Phase – gerade im deutschsprachigen Raum – und das Feld entwickelt seine theoretische Fundierung und methodische Sauberkeit erst.¹ Auffallend jedoch ist, dass sich Studien oft stark auf textgenetische Aspekte konzentrieren. Doch die Autorenbibliotheksforschung verspricht Einsichten weit über die Textgenese des literarischen Einzelwerks hinaus – etwa in poetologische Präfigurationen, soziale Milieuwechsel oder intellektuelle Netzwerke.

Der Fall Franz Innerhofer eignet sich für eine solche Perspektive in besonderer Weise. 1944 im ländlichen Salzburg als uneheliches Kind geboren, arbeitete Innerhofer schon in jüngsten Jahren als Knecht am Hof seines Vaters – eine Erfahrung, die er später literarisch zu radikaler Anklage formte. Sein Debütroman „Schöne Tage“ (1974) gilt bis heute als Schlüsseltext der österreichischen Literatur der Arbeitswelt, respektive einer Anti-Heimat-Literatur,² und die nachfolgenden Romane thematisieren den versuchten Milieuwechsel hinauf zum anerkannten Autor und die sich daraus entwickelten Enttäuschungen. Innerhofers Werk ist nicht nur kämpferisches Sozial-

protokoll, sondern innerhalb gewisser Grenzen auch Ausdruck einer eigeninnigen Lektürebiografie. Der Weg aus dem ländlichen Patriarchat zum erfolgreichen Autor führte nicht zuletzt über Bücher – sowohl bei Innerhofer als auch bei seinen Figuren.

Vorliegender Beitrag nähert sich Innerhofers Bibliothek nicht als bloße Auflistung von Titeln, sondern als kulturellem Artefakt an. Er versucht sich dem in der Wienbibliothek im Rathaus aufbewahrten Splitternachlass im Umfang von 72 Büchern vor allem literatursoziologisch anzunähern, also etwa zu diskutieren, wie sich Innerhofers Sozialisation auch anhand seines Lektürehorizonts verstehen lässt. Es ist ein kleiner Bestand, der jedoch Rückschlüsse auf die intellektuelle Selbstbildung, auf die politische Sozialisation und Zugehörigkeiten des Autors erlaubt.

Die Bibliothek als epistemischer Ort

In einem engen literaturwissenschaftlichen Sinne ist die Autorenbibliothek vor allem ein Intertextualitätsphänomen. Die Bibliothek eines Autors, wie fragmentarisch sie auch überliefert sein mag, bezeugt erst einmal dessen Lektürehorizont. Was las ein Autor zu welcher Zeit und wie passt das zum allgemeinen Zeitgeist oder zum individuellen intellektuellen Horizont und wie könnte ihn das in seiner ideengeschichtlichen Ontogenese beeinflussen haben? Annotationen – Kommentare, Unterstreichungen, Tilgungen, in seltenen Fällen auch Zeichnungen – erlauben Rückschlüsse auf die intellektuelle Arbeit des Autors; seine Auseinandersetzung mit dem Gelesenen und dessen produktive Rezeption im eigenen Werk.³ Was las ein Autor und wie fand es kreativen Eingang in sein Werk? Kritische Apparate und textgenetische Untersuchungen können also nebst Tagebüchern, Korrespondenzen und früheren Textstufen auch Autorenbibliotheken zur Erkenntnisproduktion ergänzend heranziehen.

Theoretische Prämisse einer solchen Fruchtbarmachung ist freilich ein Bruch mit dem klassischen Autorverständnis, das ihn als Solitär, als Genie sieht.⁴ Vielmehr muss der Autor als ein Teil in einem komplexen Ensemble aus Diskursen, Aktanten und Praktiken verstanden werden – Lesen ist nicht nur Rezeption, Schreiben nicht allein Produktion, sondern beides dialektisch miteinander verschränkt. In diesem Sinne ist die Autorenbibliothek ein epistemischer Ort: nicht nur Aufbewahrungsraum von Wissen, sondern ein Ort, an dem Wissen entsteht, zirkuliert, gefiltert, angeeignet und umgeformt wird.⁵ Die Bibliothek fungiert dabei als heterotopischer Raum im Sinne Foucaults – ein „Gegen-Ort“, in dem sich Diskurse verdichten, verschränken und auch widersprechen. Sie ist ein Möglichkeitsraum, in dem der Autor nicht nur Leser, sondern zugleich Selektor, Kommentator, Kombinator und gelegentlich auch Zensor ist. Diese epistemische Qualität wird vor allem dort sichtbar, wo die Lektüre nicht passiv bleibt, sondern Spuren im Textkörper des Buches hinterlässt – in Form von Marginalien, Tilgungen oder auch impliziten Verweigerungen, etwa durch Auslassung oder Desinteresse am Text im Buch. Es treffen also positiv wie negativ hermeneutische Aspekte aufeinander.

Abseits eines engen philologischen Blicks in der bisherigen Forschung ist die Autorenbibliothek – besonders im Falle Innerhofers – auch ein Ort der (literatur-)soziologischen Erkenntnis. Gerade unter literatursoziologischer Perspektive offenbart die Autorenbibliothek sich als Raum symbolischer Positionierungen: als Ort des Habitus, der Distinktion. Sie fungiert als Spiegel eines kulturellen Selbstentwurfs – und zugleich als Materialisierung von Bildungsprozessen, Klassenübergängen und intellektuellen Kämpfen. In Anlehnung an die Terminologie Bourdieus ließe sich sagen, dass die Bibliothek Innerhofers eine Topografie seines Habitus' bildet – sie zeigt die

Brüche, Reibungen und Kompensationen, die mit dem sozialen Aufstieg und der Migration zwischen symbolischen Feldern verbunden sind, und ist Materialisierung seines kulturellen Kapitals.

Das Korpus

Die Autorenbibliothek von Franz Innerhofer wurde 2009 von der Wienbibliothek im Rathaus im Antiquariatshandel erworben. Sie ist ein Teil eines Splinternachlasses, der vor allem aus Lebensdokumenten wie Rechnungen, Förderanträgen und geschäftlichen Korrespondenzen besteht.⁶ Die Bibliothek Innerhofers war Teil dieses Ankaufs und besteht aus 72 Büchern. Es ist davon auszugehen, dass der Bibliotheksbestand Innerhofers größer war. Er selbst verwies mehrfach darauf, welchen hohen Stellenwert das Lesen für ihn besaß.⁷ Dieser ursprüngliche Bestand sowie der Verbleib weiterer Bände konnten bisweilen nicht gesichert rekonstruiert werden.

Erhalten haben sich jedoch Spuren im Archiv des *Residenz Verlags* im Literaturarchiv Salzburg. Drei von Innerhofer an den Verlag übersandte Typoskripte haben handschriftlich korrigierte Fotokopien der Titelei aus anderen Büchern vorangestellt. Innerhofers letzter Roman „Um die Wette leben“ ist in zwei Fassungen überliefert. Einem davon wurde die Fotokopie der Titelei des Romans „Der Mörder aus dem Nichts“ von Jurij Mamelejew (Residenz Verlag 1992) beigelegt, wobei Innerhofer Autorennamen und Buchtitel durchstrich und durch seine eigenen Daten ersetzte. Einer anderen Fassung des Romans, betitelt als „Der Esser“, wurde die fotokopierte Titelei des 1993 im *Residenz Verlag* erschienenen Romans „Das Gefängnis von Jaffa“, geschrieben von Giorgio Voghera, handschriftlich erneut ergänzt mit Innerhofers eigenen Angaben, angebelegt.

Dem Typoskript seines Theaterstücks „Scheibtruhe“ stellte Innerhofer die fotokopierte und handschriftlich mit seinen eigenen Daten ergänzte Titelei des 1988 ebenfalls bei Residenz erschienenen „Tagebuchs auf der Reise nach Konstantinopel und Griechenland“ von Franz Grillparzer voran. Alle drei Bücher haben sich nicht in Innerhofers Bibliothek erhalten, wodurch die Auswertung seines Nachlasses eine Ergänzung liefert zu dem, was in der Bibliothek materiell erhalten blieb. Außerdem verdeutlicht diese spielerisch anmutende Praxis die Bedeutung literarischer Werke für Innerhofers eigenes Schreiben. Von den 72 überlieferten Büchern tragen 28 Lese-

spuren. Insgesamt 17 Bücher tragen Widmungen, wurden also Innerhofer geschenkt. Teilweise handelt es sich dabei um deutschsprachige AutorInnen, denen er bei Lesungen begegnete oder mit denen er persönlich bekannt war. Von einigen Büchern ist anzunehmen, dass sie Innerhofer aus Bewunderung von den AutorInnen geschenkt oder über den Verlag an ihn weitergereicht wurden. Bei anderen darf davon ausgegangen werden, dass es sich um Geschenke durch Freunde zu besonderen Anlässen wie Geburtstagen handelt, persönliche Bezüge zu den AutorInnen also nicht bestehen.

Die Erscheinungsjahre der Bücher spannen sich von 1939 bis in das Jahr 1998. Sprachlich ist naturgemäß ein Schwerpunkt auf deutschsprachigen Texten zu konstatieren, wobei auch Bücher auf russisch, italienisch, englisch oder schwedisch vorliegen. Dabei handelt es sich oftmals um zweisprachige Ausgaben, Übersetzungen von Innerhofers eigenen Werken oder Wörterbücher. Englischsprachige und italienische Bände dokumentieren Innerhofers Anglistikstudium sowie seine Faszination für Italien, welche in seiner kurzzeitigen Führung einer italienischen Buchhandlung in Graz kulminierte. Nebst Belletristik ist ein Schwerpunkt auf politischer Literatur zu erkennen, was bei Innerhofers Punzierung als politisch motiviertem Schriftsteller nicht überrascht.

Bibliothek und intellektuelle Sozialisation

Dieses kleine Korpus dokumentiert anschaulich Innerhofers Sozialisation, seinen Aufstieg, respektive Milieuwechsel. Von 1965 an bis 1970 besuchte Innerhofer das Salzburger Gymnasium für Berufstätige, vulgo Abendgymnasium.⁸ Überliefert aus diesen Jahren ist in Bibliotheksbestand vor allem klassische Schullektüre: Schillers „Räuber“ und „Wallenstein“ etwa oder Grillparzers „Der arme Spielmann“. Auch eine Ausgabe des kleinen Stowassers, des wohl berühmtesten Latein-Lexikons im deutschsprachigen Raum, überdauerte die Jahre. Gemein ist den Büchern aus der Zeit des Abendgymnasiums und des Studiums Innerhofers händischer Besitzeintrag. Es ist anzunehmen, dass die Bände in den Wohnheimen – Innerhofer lebte zunächst im Kolping-Haus, übersiedelte ab 1970 in das Wolf-Dietrich-Studentenheim – zirkulierten, händische Besitzeinträge also eine Notwendigkeit darstellten. Später erworbene Bücher aus Innerhofers Bibliothek tragen sie nicht.

Auch Annotationen von Innerhofers Hand finden sich in den Büchern aus dieser Zeit. Sie verweisen auf seine Arbeit an den Texten während seiner gymnasialen Ausbildung. Nebst Unterstreichungen unbekannter Termini und höchstwahrscheinlich als zentral erachteter Passagen, verweisen einzelne als Randglossen niedergeschriebene Worte und Sätze auf Gedanken Innerhofers zum Gelesenen. Während gerade die älteren erhalten gebliebenen Bücher offensichtlich aus Innerhofers Zeit in der Abendschule stammen, dokumentiert der Bestand der 1970er und 1980er Jahre Innerhofers studentische, hernach schriftstellerische Sozialisation und seine Zugehörigkeit zum politisch linken Milieu. Innerhofer studierte von 1970 bis 1973 Germanistik und Anglistik an der Universität Salzburg.⁹ Etwa 15 bis 20 Bücher lassen sich Innerhofers unmittelbarer Studienzeit zuordnen. Es handelt sich dabei auf der einen Seite um klassische Studienliteratur wie beispielsweise „Matthias Lexers Mittelhochdeutsches Taschenwörterbuch“, welches bis heute zur Handbibliothek jedes Germanistikstudenten gehört, oder Propädeutika, die in Thematiken des Studiums einführen.

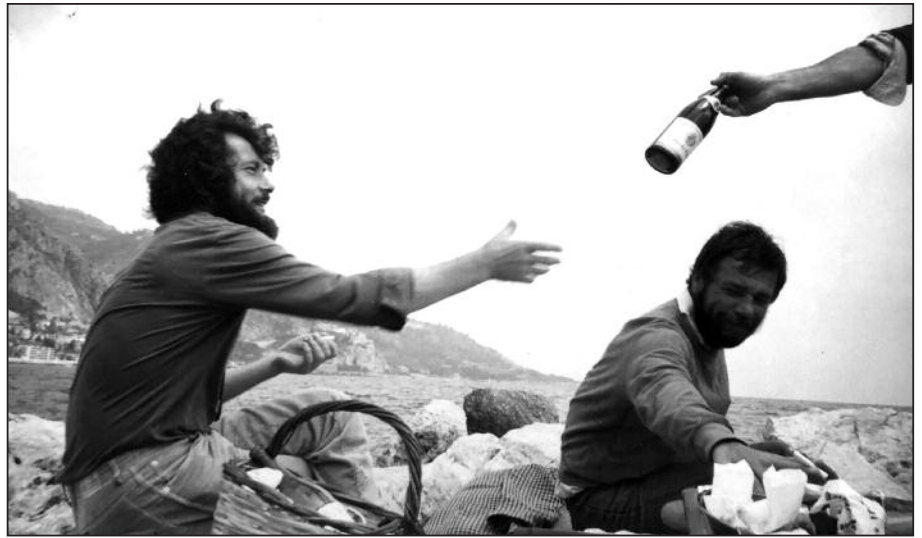
Die dieser Zeit zugehörige politische Literatur andererseits belegt Innerhofers undogmatische politische Sozialisierung im Winde der 68er Bewegung. Hiervon zeugen der von Stokely Carmichael und Charles Hamilton publizierte Band „Black power: the politics of liberation in America“, ein Bericht Lin Biaos zum IX. Parteitag der Chinesischen Kommunistischen Partei, ein Sammelband von Leo Trotzki's Texten zu „Literatur und Revolution“ sowie der von Hans Christoph Buch herausgegebene Band „Parteilichkeit der Literatur oder Parteiliteratur? Materialien zu einer undogmatischen marxistischen Ästhetik“. Auffallend dabei ist, dass vor allem politische Literatur von Innerhofer intensiv annotiert wurde. Als Beispiel sei die Sammlung von Texten Trotzki's genannt. Innerhofer unterstrich ihm relevant erscheinende Passagen exzessiv – teils sind 50 Prozent einer Seite markiert.

Handschriftliche Notizen indes finden sich nur spärlich. Bemerkenswert ist auch, dass nach etwa der Hälfte des Buches die Intensität der Lesespuren abrupt abbricht. Die Vermutung liegt nahe, dass Innerhofer seine Lektüre vorzeitig beendete. Auch andere politische Bücher zeigen ein ähnliches Muster. Innerhofer war offenbar kein systematischer Leser. Trotzdem berichten die genannten Titel

von einer politischen Sozialisation, die sich in keiner festen Schule verankert, sondern sich im Spannungsfeld der linken Theorie der Nach-68er Jahre entfaltet. Innerhofer las Autoren unterschiedlichster marxistischer, antikolonialer und literaturästhetischer Provenienz, ohne sich eindeutig einem Lager zuzuschreiben. Die Auswahl legt eine undogmatische, tastende wie zugleich entschiedene Suchbewegung nahe, die nicht auf Orthodoxie zielte. Spuren davon finden sich in seinem dritten Roman „Die großen Wörter“, wo sich der Protagonist Holl mit der KPÖ und anderen linken Strebungen in Österreich intellektuell auseinandersetzt.¹⁰

Auch nach dem vorzeitigen Abbruch seines Studiums setzte sich Innerhofers Interesse an politischer Literatur als auch an poetologischen Untersuchungen fort. So finden sich im Bestand beispielsweise Fachbücher über Goethe, Kafka und Rossetti mit zahlreichen eigenhändigen Lesespuren. Sie berichten von Innerhofers Interesse an poetologischen und narratologischen Überlegungen auch nach seinem großen schriftstellerischen Erfolg und lassen eine entsprechende produktive Rezeption vermuten, was jedoch einer eigenen Untersuchung bedarf. Im Bereich der politischen Literatur haben sich ein sowjetisches Lehrbuch des Marxismus-Leninismus, eine Untersuchung zur Sprache der Kärntner Slowenen sowie Herbert Marcuses „Der eindimensionale Mensch“ erhalten. Erneut äußert sich darin Innerhofers undogmatischer Zugang zu linker Politik und seine breit gefächerten Interessen, die von ökonomischen Strukturen, über Überbauphänomene bis hin zu Subalternen reichen.

Einen weiteren Teil des Bestands der Jahre nach dem großen Erfolg machen Widmungsexemplare aus. Sie stammen einerseits von Freunden Innerhofers, die ihm zu besonderen Anlässen wie Geburtstagen Bücher übergeben. Andererseits ist den Widmungsexemplaren auch zu entnehmen, dass sie von den Autoren selbst an Innerhofer – entweder bei Lesungen persönlich oder über den Verlag – weitergereicht wurden. Die Spannweite reicht dabei von Autoren wie Bernd Jentzsch, Elisabeth Praher bis hin zu Karlheinz Bartos. Die Autorenbibliothek fungiert hier als Resonanzkörper jener Konstellationen, in denen Innerhofer als Autor zirkulierte. Diese exemplarischen Spuren eröffnen ein lohnendes Forschungsfeld: Eine kartografische Erschließung solcher Widmungsnetzwerke könnte zukünftig einen wichtigen Bei-



Franz Innerhofer mit Freunden im Urlaub, späte 1970er, frühe 1980er Jahre.

trag zur Rekonstruktion der kulturellen Felddynamiken der 1970er bis 1990er Jahre leisten. Die in den Bänden erhaltenen Lesespuren erwecken den Eindruck einer tastenden, eigensinnigen und oft fragmentarischen Aneignung des Gelesenen. In mehreren politisch-theoretischen Werken markieren Unterstreichungen zentrale Begriffe oder Passagen. Sie zeugen von einem streckenweise affirmativen, aber selten systematisch durchexerzierten Lektürestil. Die Intensität der Annotationen nimmt häufig nach einigen Kapiteln abrupt ab – ein Muster, das sich in mehreren Werken zeigt und auf einen nicht-linearen, eher selektiven Zugang schließen lässt. Handschriftliche Notizen sind rar: mal ein Fragezeichen am Rand, mal ein zustimmender Ausruf, selten aber argumentativ weiterführende Glossen. Insgesamt legt das Spurenbild weniger einen literaturwissenschaftlich kontrollierten Zugriff als vielmehr eine emotional getönte, existenziell motivierte Lesepraxis Franz Innerhofers nahe.

Literatursoziologisches Potenzial

Die Autorenbibliothek Franz Innerhofers – so fragmentarisch sie überliefert ist – erlaubt einen vielschichtigen Einblick in das intellektuelle Selbstverständnis und die soziale Verortung eines Autors, dessen Werk nicht nur literarisch, sondern auch lebensgeschichtlich als Bruch mit Herkunft, Milieu und herrschender Ordnung zu lesen ist. Die rund 70 Bücher, ergänzt durch dokumentierte Spuren im Nachlass, geben Auskunft über Bildungsprozesse, über politische und ästhetische Positionierungen sowie über Netze literarischer Zugehörigkeit. Was Innerhofer las – zwischen Schulkanon und marxistischer Theorie, zwi-

schen germanistischer Fachliteratur und Widmungsexemplaren von Weggefährten – lässt sich nicht losgelöst von seiner sozialen Herkunft und seinem schriftstellerischen Projekt denken. Die Bibliothek fungiert in diesem Zusammenhang nicht als neutrale Sammlung, sondern als verdichtete Topografie eines intellektuellen Werdegangs: Sie dokumentiert einen Versuch kultureller Selbstermächtigung, in dem sich Aneignung, Abgrenzung und soziale Reibung überschneiden.

Gleichzeitig zeigt der Fall Innerhofer exemplarisch, wie vielschichtig Autorenbibliotheken als Forschungsgegenstände begriffen werden können. Sie sind epistemische Orte – Räume, in denen Wissen nicht nur gespeichert, sondern aktiv bearbeitet, fragmentarisch integriert oder auch verworfen wird. Gleichzeitig sind diese jedoch auch soziologische Indikatoren – ein Spiegel von Habitus, Distinktion und symbolischer Positionierung im literarischen Feld. Nicht zuletzt lassen sich Autorenbibliotheken allerdings auch als netzwerkgeschichtliche Archive lesen – sie verweisen auf persönliche und institutionelle Konstellationen, die sich über Widmungen, Themenwahl und Verlagsspuren abzeichnen. Dass Autorenbibliotheken bislang vorwiegend textgenetisch oder philologisch gelesen wurden, verdeckt oft ihr Potenzial als sozialtheoretische Erkenntnisräume. Der Fall Innerhofer kann als Einladung gelesen werden, das darin liegende Potenzial auszuschöpfen.

Ausblick: Anschlüsse an die Digital Humanities

Größte Stolpersteine einer umfasslichen Erschließung von Innerhofers Autorenbibliothek jenseits literatursoziologischer Untersuchungen jedoch sind

einerseits der fragmentarische Umfang dieser, andererseits seine Annotationspraktiken, welche weniger als rational geleitet und geordnet, sondern vielmehr als emotional, ja fast erratisch bezeichnet werden können. Positiv gerahmt ließe sich sagen, dass Autorenbibliotheken wie jene Innerhofers die literaturwissenschaftliche Forschung vor neue Herausforderungen stellen. Der Lektürehorizont Innerhofers lässt sich nur ausgesprochen fragmentarisch rekonstruieren. Ein Umstand, wie er wohl sämtliche Forschungskorpora dieser Art betrifft und der in der Natur eines Sammlungsobjekts wie einer Bibliothek liegt. Das, was sich durch materielle Überlieferung dem Lektürehorizont zuordnen lässt, weist umfängliche, wenig systematische Annotationen auf. Als Beispiel, wie damit umgegangen werden kann, sei erneut der Sammelband von Texten Trotzakis zu Literatur und Revolution herangezogen. Wie bereits erwähnt, erstrecken sich Innerhofers Unterstreichungen sowie die wenigen Notizen und Streichungen über zirka die Hälfte des Bandes, bevor sie plötzlich abbrechen und damit nahelegen, dass hier der Leseprozess abrupt beendet wurde. Aufgrund der schieren Menge an Unterstreichungen lässt sich nur schwer analysieren, was Innerhofer interessierte, was ihm relevant in diesem Band erschien. Freilich ließe sich behaupten, hier durch eine qualitative Stufung zu ersten Erkenntnissen zu gelangen: Auf der untersten Ebene finden sich Unterstreichungen Innerhofers – sie sind zahlreich und eine Binnendifferenzierung ist in Ermangelung verschiedener Stifte, etc. schwer vorzunehmen. Darüber liegen Glossen Innerhofers – Anmerkungen wie kurze Notizen oder Ausrufezeichen etwa, die Interesse am Gelesenen bezeugen, vielleicht auch bereits eigene Gedankengänge andeuten. Auf der höchsten Ebene und quantitativ nur gering vertreten befinden sich Tilgungen – Stellen, welche Innerhofer durchstrich, gegen die er opponierte, die emotional in ihm resonierten. Für einen solchen ersten Erschließungsschritt eignen sich Werkzeuge der Digital Humanities. Innerhofers Autorenbibliothek wäre zunächst einmal zu digitalisieren und mit entsprechenden Tools mit Blick auf die oben vorgeschlagene Stufung rein quantitativ auszuwerten. So erhält man in einem überschaubaren Zeitrahmen einen fundierten Überblick nicht nur über die Verteilung der Annotationen in den einzelnen Bänden, sondern über die ganze Sammlung hinweg verteilt. Gerade weil

die Annotationen Innerhofers kaum typologisiert sind, liegt ihr Wert nicht in einzelnen, zitierfähigen Kommentaren, sondern in ihrer räumlichen und quantitativen Verteilung: Welche Textarten werden häufiger annotiert? Wo im Text häufen sich Markierungen? Brechen sie systematisch ab? Fragen wie diese erfordern digitale Erfassungs- und Visualisierungsmethoden – etwa Annotation Mapping, Positionstracking oder semantische Clusterung. So ließe sich das, was sich einer rein hermeneutischen Deutung entzieht, in seiner Struktur sichtbar machen und entsprechend visualisieren. Die daraus gewonnene Erkenntnismöglichkeit ist evident: Sie verbindet die hier schemenhaft begonnene literatursoziologische Auswertung der fragmentarisch überlieferten Autorenbibliothek Franz Innerhofers mit den digitalen Werkzeugen der Digital Humanities und erweitert hiermit die Möglichkeiten, Strukturen in Sammlungs- und Annotationspraktiken sichtbar zu machen. Aus solchen gewonnenen Strukturen lässt sich noch deutlicher herausarbeiten, welche Texte für Innerhofers intellektuelle Sozialisation, seine Milieuwechsel relevant waren. Überdies eröffnen sich auch textgenetische Anschlussmöglichkeiten. Ein Buch wie „Die großen Wörter“, welches als Widerhall zeitgenössischer, literarischer und politischer Diskurse gelesen werden kann, könnte mit einer solchen Datengrundlage noch fundierter auf intertextuelle Referenzen hin untersucht werden. Trotz ihres geringen Umfangs und den Fragmentcharakters, zeigen Autorenbibliotheken wie jene Innerhofers, welches Potenzial in diesem noch jungen Feld liegt. Autorenbibliotheken sind keine geschlossenen Archive, sondern offene Dispositive. Sie fordern die Literaturwissenschaft nicht nur hermeneutisch, sondern strukturell heraus – und laden dazu ein, Fragment, Spur und

Kontext in einem neuen digitalen Licht zu lesen.

Anmerkungen:

1/ Dirk Werle: Literaturtheorie als Bibliothekstheorie, in: Stefan Alker/Achim Höller (Hg.): Literaturwissenschaft und Bibliotheken. Wien 2015, S. 13–26, hier S. 21f.

2/ Vgl. Wolfgang Straub: Der Wiedergänger. Zu den Konjunkturen des Begriffs Anti-Heimatliteratur, in: *Dossier online*, 9. Jg. (2025), Nr. 1.

3/ Caroline Jessen: Die Autorenbibliothek als Bestand, oder: Vom spielerischen Umgang mit einer heuristisch problematischen Kategorie, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, 68. Jg. (2021), Nr. 1, S. 10–19, hier S. 11f.

4/ Man erinnere sich dabei an Roland Barthes' These vom Tod des Autors. Vgl. Roland Barthes: Der Tod des Autors, in: Uwe Wirth (Hg.): Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt/M. 2002, S. 104–110.

5/ Uwe Wirth: Lesespuren als Inskriptionen. Zwischen Schreibprozessforschung und Leseprozessforschung, in: Anke Jaspers/Andreas Kilcher (Hg.): Randkulturen. Lese- und Gebrauchsspuren in Autorenbibliotheken des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 2020, S. 37–63, hier S. 44f.

6/ Vgl. Christian Kaserer: Um die Wette geschrieben. Eine Untersuchung von Werk und Nachlass Franz Innerhofers im Hinblick auf die Möglichkeiten einer digitalen Edition, in: *Wiener digitale Revue. Zeitschrift für Germanistik und Gegenwart*, Nr. 3 (2022), <https://doi.org/10.25365/wdr-03-03-03> [1.3.2026].

7/ Donna L. Hoffmeister: Vertrauter Alltag, gemischte Gefühle. Gespräche mit Schriftstellern über Arbeit in der Literatur. Bonn 1989, S. 59ff.

8/ Vgl. Frank Tichy: Franz Innerhofer. Auf der Suche nach dem Menschen. Salzburg 2004, S. 292.

9/ Vgl. ebd.

10/ Vgl. Christian Kaserer: Die mit den großen Wörtern. Bemerkungen zum Verhältnis von Institutionenkritik und Emanzipation in Franz Innerhofers Roman „Die großen Wörter“, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 32. Jg (2025), Nr. 2, S. 13–15.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Mag. Dr. Johannes Breit, Dr. Sabine Fuchs (Vizepräsidentin), Dr. Winfried R. Garscha, Mag. Michael Graber, Rainer Hackauf, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Mag. Alexander Hartl, Mag. Michael Hollogschwandtner, Christian Kaserer BA, Mag. Martin Konecny (Schriftführer), Mag. Robert Krotzer, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch, Mag. Dr. Simon Loidl, Mag. Dr. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Univ.-Prof. Dr. Alfred J. Noll, Dr. Elke Renner (Vizepräsidentin)

Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Periodikums „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Betrieblicher Widerstand in Rudolfsheim–Fünfhaus

Zum antifaschistischen Widerstand kommunistischer Betriebsgruppen im 15. Wiener Gemeindebezirk

MANFRED MUGRAUER

Die Kommunistische Partei Österreichs war die Hauptkraft des antifaschistischen Widerstands in den Jahren der NS-Diktatur. Der Schwerpunkt ihrer illegalen Tätigkeit lag in den Betrieben, wo sich kommunistische Zellen und Gruppen der *Roten Hilfe* bildeten. Große Betriebsgruppen, die von kommunistischen Funktionären initiiert und geleitet wurden, gab es auch am Wiener Westbahnhof und in der Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen. Eine dritte Betriebsgruppe der KPÖ im 15. Wiener Gemeindebezirk war im Straßenbahnbetriebsbahnhof Rudolfsheim aktiv.

Im Zuge der am 1. Oktober 1938 von den nationalsozialistischen Machthabern verordneten Schaffung von „Groß-Wien“ wurden die Wiener Bezirksgrenzen neu geregelt. Die bisherigen Bezirke 14 (Rudolfsheim) und 15 (Fünfhaus) wurden unter dem Namen „Fünfhaus“ zum 15. Bezirk vereinigt (1957 wurde der Bezirksname auf Rudolfsheim–Fünfhaus geändert). Als neuer 14. Bezirk (Penzing) wurde der nördlich des Wien-Flusses gelegene Teil des 13. Bezirks (Hietzing) abgetrennt. Rudolfsheim und Fünfhaus waren typische ArbeiterInnenbezirke, nicht zuletzt aufgrund des Westbahnhofs, der Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen und des Straßenbahnhofs Rudolfsheim. Die kommunistische Dominanz des antifaschistischen Widerstands entsprach damit der sozialen Zusammensetzung des neu geschaffenen Bezirks. Dieses Profil als ArbeiterInnenbezirk prägt Rudolfsheim–Fünfhaus bis heute.

Die Angehörigen der Betriebszellen versuchten mit Mundpropaganda Einfluss zu nehmen und unternahmen in ihren Dienststellen Streuzettel- und Flugblattaktionen. Im Mittelpunkt der kommunistischen Propaganda in den Betrieben stand die Entlarvung der sozialen Demagogie des Hitlerfaschismus, nach Kriegsbeginn wurde auch die Parole der Arbeitssabotage ausgegeben. Ein weiterer Schwerpunkt in den Betrieben war die Beitragskassierung und Spendensammlung zur Unterstützung von Angehörigen verhafteter KollegInnen. Die Gerichte qualifizierten schon allein sol-

che aus Gründen der Solidarität getätigten Beitragszahlungen für die *Rote Hilfe* als Hochverrat und ahndeten sie mit teils drakonischen Urteilen bis zur Todesstrafe. Die Mitglieder von Betriebszellen wahrten einen gesinnungsmäßigen Zusammenhalt, der sich auf die sozialistische und gewerkschaftliche Tradition aus der Zeit der Ersten Republik stützen konnte, gehörten doch fast alle in den Betriebszellen organisierten ArbeiterInnen vor 1934 der SDAP und den Freien Gewerkschaften an.

Auch zahlreiche sozialistisch gesinnte ArbeiterInnen, die angesichts der Einstellung politischer Aktivitäten durch die Revolutionären Sozialisten im Jahr 1938 weiter aktiv bleiben wollten, schlossen sich den kommunistischen Betriebszellen an oder spendeten für die *Rote Hilfe*. Im 15. Bezirk gab es nachweislich sieben Arbeiter, die in von Kommunisten initiierten Betriebsgruppen der Eisenbahn und Straßenbahn aktiv waren und nach 1945 der SPÖ angehörten. Die überwiegende Mehrzahl der BetriebsaktivistInnen gehörte jedoch auch nach 1945 der KPÖ an.

Straßenbahnhof Rudolfsheim

Eine Hochburg des antifaschistischen Widerstands waren die Städtischen Straßenbahnen (seit 1942 Wiener Verkehrsbetriebe). Mitte der 1930er Jahre waren hier 14.000 Männer und Frauen beschäftigt, die bis 1934 in ihrer überwiegenden Mehrzahl gewerkschaftlich organisiert waren. Während der Februartkämpfe des Jahres 1934 waren die Straßenbahnremisen Zentren und Sammelstellen für die Schutzbündler. Die Straßenbahnen gliederten sich in mehrere Dienststellen: Neben der Direktion gab es acht Betriebsbahnhöfe, die Hauptwerkstätte in der Siebeneichengasse im 15. Bezirk und die Signalwerkstätte in der Aßmayergasse im 12. Bezirk.

Ab Herbst 1938 bildeten sich in praktisch allen Bahnhöfen illegale Widerstandsgruppen. Der Bahnhof Rudolfsheim in der Schwendergasse 51 war zu diesem Zeitpunkt mit 900 MitarbeiterInnen der zweitgrößte Bahnhof im Wiener Netz. Bis November 1940 gab es im Bezirk einen zweiten Standort in der Lin-

ken Wienzeile 278. Nachweislich wurden zwölf Beschäftigte des Straßenbahnhofs Rudolfsheim in den Jahren 1941 bis 1945 verhaftet, einer (Johann Gärtner) wurde hingerichtet.

Zwischen September 1943 und Februar 1944 wurden sechs Männer festgenommen, die am Straßenbahnhof Rudolfsheim einer kommunistischen Betriebszelle angehörten. Die Zelle wurde von Johann Gärtner und Johann Pilny gegründet, die Franz Pollak, Franz Knapp, Eduard Lust und Adolf Schaffel als Mitglieder anwarben. Während Gärtner und Pilny vom Volksgerichtshof abgeurteilt wurden, fand das Verfahren gegen Pollak, Knapp, Lust und Schaffel vor dem Oberlandesgericht Wien statt.

Johann Gärtner war ab 1920 Wagen- und Bahnsteigschaffner am Bahnhof Rudolfsheim und ab 1934 für die illegale KPÖ aktiv. Er veranstaltete von 1940 bis zu seiner Verhaftung am 1. September 1943 Sammlungen für die *Rote Hilfe* und verbreitete kommunistische Flugschriften, die er vom übergeordneten KPÖ-Funktionär Anton Gajda erhalten hatte, etwa einen Aufruf der KPÖ zum 1. Mai 1941. Mit ihm gemeinsam wurde seine Frau Anna (geb. Kottisch) verhaftet, die in der Schuhfabrik Matador im 15. Bezirk eine Betriebszelle der KPÖ leitete. Am 16. August 1944 wurde Gärtner im Alter von 50 Jahren vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und am 8. November 1944 im Wiener Landesgericht enthauptet. Im selben Verfahren wurden Anna Gärtner zu zehn Jahren und Johann Pilny zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.¹ Pilny arbeitete ab 1923 abwechselnd als Straßenbahnfahrer, Schaffner und Busfahrer. Einem Bombensuchkommando zugeteilt, gelang ihm am 6. Jänner 1945 in der Johnstraße die Flucht von einer Außenarbeitsstelle der Haftanstalt. Er konnte sich bis zur Befreiung in einer Wohnung im 20. Bezirk verstecken. Nach 1945 gehörte Pilny von April bis November 1945 für die KPÖ dem Zentralkomitee der Städtischen Straßenbahnen an.

Als Johann Gärtner im Dezember 1942 erkrankte und Ende März 1943 als Bahnsteigabfertiger zum Bahnhof Michel-

beuern im 9. Bezirk versetzt wurde, folgte ihm Franz Pollak als Zellenleiter am Bahnhof Rudolfsheim. Pollak wurde am 19. Oktober 1943 von der Gestapo verhaftet, drei bzw. sechs Tage später Eduard Lust und Franz Knapp. Vier Monate nach den anderen Zellenmitgliedern, am 17. Februar 1944, folgte die Verhaftung von Adolf Schaffel. Alle vier hatten bis 1934 der SDAP und dem Schutzbund angehört und traten danach zur illegalen KPÖ über. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilte das Oberlandesgericht Wien am 6. Juli 1944 Lust und Schaffel zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus, Pollak zu zwei Jahren und Knapp zu einem Jahr. Sie hätten sich „aus missverstandenen Solidaritätsgefühl dazu verleiten lassen, zur Unterstützung von Angehörigen wegen kommunistischer Betätigung Festgenommener Spenden zu leisten“.² Die vier Straßenbahner erlebten im April bzw. Mai 1945 im Zuchthaus bzw. im Konzentrationslager die Befreiung.

Bereits am 10. August 1942 war Rudolf Bubenik, der ab 1924 als Schaffner arbeitete, im Zusammenhang mit einer Aktion der Gestapo gegen den kommunistischen Sicherheitswachbeamten Hermann Schneider, den Bruder seiner Frau Theresia, verhaftet worden. Bubenik hatte sich seit 1939 für die illegale KPÖ betätigt und war von Anton Gajda aufgefordert worden, in der Straßenbahnzelle des Bahnhofs Rudolfsheim aktiv zu werden, wo er Spenden für Inhaftierte einsammelte. Am 21. April 1944 wurde Bubenik vom Oberlandesgericht Wien zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.³ Eine Strafe, die durch die U-Haft weitgehend verbüßt war. Als er im August 1944 aus dem Wiener Landesgericht entlassen wurde, war er von 105 auf 60 Kilogramm abgemagert.

In den Monaten Dezember 1944 und Jänner 1945 wurden vier weitere StraßenbahnerInnen des Bahnhofs Rudolfsheim festgenommen und bis zur Befreiung im April 1945 in Haft behalten, ohne dass es – kriegsbedingt – zu einer Anklage kam: Franz Maurer sowie Karl Mauritz und seine Frau Leopoldine wurden wegen Abhörens ausländischer Rundfunksender verhaftet. Ewald Gleissner, der nach der Verhaftung von Franz Pollak Zellenleiter am Straßenbahnhof Rudolfsheim war, wurde wegen Spendenleistungen für die *Rote Hilfe* festgenommen. Marianne Löw (geb. Fühl), die ab 1940 aufgrund des Kriegsauhelferübereinkommens als Schaffnerin am Bahnhof Rudolfsheim arbeitete, wurde

wegen Verdachts der kommunistischen Betätigung festgenommen, nachdem sie ein anderer Häftling beschuldigt hatte, in den Jahren 1942/43 Unterstützungsbeiträge für inhaftierte Kommunisten entgegengenommen zu haben.⁴

Drei der führenden Funktionäre der kommunistischen Betriebszelle – Alois Dietholm, Reinhold Giller und Karl Kallert – wurden von der Gestapo nicht aufdeckt. Karl Kallert, der seit 1925 als Schaffner arbeitete, war 1935 einer der österreichischen Delegierten am 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war er Bezirksobmann der KPÖ Fünfhaus und von November 1948 bis Jänner 1951 Bezirksrat im 15. Bezirk. Reinhold Giller war 1945 Betriebsratsobmann am Bahnhof Rudolfsheim und Obmann der Gewerkschaftssekktion der Wiener Straßenbahner. Er gehörte dem Vorstand der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten an und war von Mai 1946 bis November 1948 für die KPÖ Bezirksrat im 15. Bezirk. Alois Dietholm fungierte 1945 als Betriebsrat am Straßenbahnhof Rudolfsheim und als Obmann der dortigen Betriebsorganisation der KPÖ. In der unmittelbaren Nachkriegszeit gehörten der kommunistischen Betriebszelle im Straßenbahnhof Rudolfsheim – bei einer Gesamtzahl von 660 Beschäftigten – 174 Mitglieder an. Im Betriebsrat waren sechs Sozialdemokraten und drei Kommunisten vertreten.⁵

Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen

In der 1872 gebauten Hauptwerkstätte der Städtischen Straßenbahnen in der Siebeneichengasse 7–9 im 15. Bezirk arbeiteten in den 1930er Jahren etwa 1.200 Menschen. Mehr als 40 Arbeiter wurden in den Jahren 1941 bis 1945 wegen kommunistischer Betätigung bzw. Beitragszahlungen für die *Rote Hilfe* verhaftet, einer von ihnen (Franz Mager) wurde hingerichtet. Die Hauptwerkstätte bestand bis April 1974, danach stand in Simmering eine neue, modernere Zentralwerkstätte zur Verfügung. An der Stelle der alten Hauptwerkstätte stehen heute Wohnhäuser.

Bereits am 14. Dezember 1939 wurde Otto Stiedl, der als Elektromechaniker in der Hauptwerkstätte arbeitete, von der Gestapo wegen kommunistischer Betätigung verhaftet. Das Oberlandesgericht Wien verurteilte den gelernten Schriftsetzer am 27. September 1941 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem



Der Straßenbahnschaffner Johann Gärtner (1894–1944).

Jahr und neun Monaten Zuchthaus.⁶ Die Strafe war zwar durch die Untersuchungshaft verbüßt, Stiedl wurde aber nicht aus dem Landesgericht Wien II entlassen, sondern Anfang Dezember 1941 von der Gestapo ins Konzentrationslager Flossenbürg eingeliefert. Im Juli 1942 wurde er ins Männerlager des KZ Ravensbrück überstellt und im November 1944 zwangsweise zur SS-Sondereinheit Dirlewanger nach Krakau eingezogen. 1945 begann Stiedl wieder in der Hauptwerkstätte als Elektromonteur zu arbeiten.

Mit Franz Mager wurde am 17. März 1941 einer der führenden kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre in den Jahren vor 1938 verhaftet. Mager arbeitete seit 1927 als Tischler in die Hauptwerkstätte. Er war bis 1934 Mitglied der SDAP und des Schutzbunds und trat dann zur KPÖ über. In den Jahren der austrofaschistischen Diktatur gehörte Mager zu den wichtigsten KPÖ-Funktionären im Bereich der illegalen Gewerkschaftsarbeit. Er war Mitglied der Zentralkommission für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften und Leiter der illegalen Gewerkschaft der Transport- und Verkehrsarbeiter. Am 31. März 1937 verhaftet, wurde Mager zu 18 Monaten Arrest und sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt. Er kam im Februar 1938 im Zuge der allgemeinen Amnestie frei. 1940/41 war Mager an führender Stelle in die von Erwin Puschmann betriebene Reorganisierung der KPÖ eingebunden. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilte der Volksgerichtshof Mager am 23. Novem-

ber 1942 zum Tode. Im Urteil ist zu lesen: „Der Angeklagte ist ein gefährlicher und verbissener Kommunist, der trotz seiner beiden Vorstrafen zu einer weiteren Betätigung einsatzbereit gewesen ist und sich auch zum Einsatz hergegeben hat. Er hat als Verbindungsmann zu Spitzenfunktionären und durch Schaffung weiterer Verbindungen eine Arbeit geleistet, ohne die eine illegale Tätigkeit nicht durchführbar ist. Er wusste überdies, dass seine Arbeit dem Ausbau der illegalen Organisation in dem Betriebe der Wiener Straßenbahn dienen sollte, somit in einem Betriebe, dessen reibungsloses Arbeiten im besonderen Interesse des Staates liegt und von der Zuverlässigkeit seiner Gefolgschaft abhängig ist. Er hat sich als unversöhnlicher Gegner des Reiches erwiesen, dem er in der schwersten Zeit in den Rücken gefallen ist. Er muss deshalb ausgemerzt werden.“⁷ Mager wurde am 26. Februar 1943 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Franz Smutny arbeitete seit 1919 als Tischler in der Hauptwerkstätte und gehörte seit 1934 der illegalen KPÖ an. Am 5. März 1942 festgenommen, wurde er am 17. Juli 1942 vom Landgericht Wien als Sondergericht wegen Vergehens nach dem Heimtückegesetz zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Den Ermittlungen der Gestapo zufolge war Smutny „wiederholt durch seine staatsfeindliche Einstellung und Propaganda“ aufgefallen. Er bekenne sich „zum tschechischen Volkstum“ und trete innerhalb seiner Belegschaft als „Unruhestifter“ auf, beispielsweise soll er zu einem Arbeitskollegen gesagt haben, dass er seine Ski zerschnitten habe, um diese nicht abliefern zu müssen.⁸ Smutny wurde im Juli 1944 aus dem Strafgefängnis Landsberg am Lech entlassen. 1945 wurde er in der Hauptwerkstätte als Tischler wiederaufgenommen. Smutny gehörte nach 1945 der KPÖ weiter als Mitglied an.

Zwischen 4. Jänner und 2. Februar 1945, wenige Monate vor Kriegsende, nahm die Gestapo Massenverhaftungen in der Hauptwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe vor. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 39 Männer wegen kommunistischer Betätigung und Beitragszahlungen für die *Rote Hilfe* festgenommen. Als Erster wurden am 4. Jänner 1945 Johann Dworzak und tags darauf Heinrich Abt festgenommen. Am 9. Jänner folgten Josef Lind und Otto Trink und einen Tag später Johann Weidmann, Josef Glanz und Franz Müller. Am 15. Jänner nahm die Gesta-

po Josef Kohl fest. Am 1. Februar wurden weitere 30 Arbeiter der Hauptwerkstätte verhaftet: Ludwig Barobek, Rudolf Braunstingl, Karl Brix, Karl Demuth, Heinrich Dworzak, Ignaz Engel, Anton Grübler, Josef Hank Josef Jamböck, Eduard Jettel, Josef Kladischofsky, Karl Kosko, Johann Kotalc, Alfred Leitner, Alfred Martinek, Michael Pitzka, Johann Plock, Leopold Plotnarek, Stefan Pudelka, Oskar Reininger, Heinrich Schildknecht, Friedrich Schlögl, Wilhelm Skamene, Cyrill Sojacek, Wilhelm Steinbach, Franz Steinkellner, Franz Taus, Josef Walter, Heinrich Wisneth und Johann Ziegelmaier. Am 2. Februar fand die Verhaftungswelle ihren Abschluss mit der Festnahme von Franz Schiehl. Die Arbeiter wurden zunächst im Polizeigefangenenhaus Rossauer Lände inhaftiert und dann ins Gerichtsgefängnis Margareten am Mittersteig gebracht. Infolge der Kriegsereignisse kam es zu keiner Anklage mehr. Sämtliche Schutzhäftlinge wurden am 6. April 1945 entlassen.

Auch nach der Befreiung blieb die KPÖ in der Hauptwerkstätte der Straßenbahn ein wichtiger politischer Faktor. 1946 gehörten 268 der insgesamt 1.210 Beschäftigten der Partei als Mitglied an. Bei den Personalvertretungswahlen im November 1945 erhielt die SPÖ zehn Mandate, die KPÖ vier. Insgesamt verfügte die KPÖ im Jahr 1946 über 2.341 Mitglieder in 27 Betriebsorganisationen (Bahnhöfe und Werkstätten) der Wiener Verkehrsbetriebe, die damals 12.700 Männer und Frauen beschäftigten. Bei den Personalvertretungswahlen im November 1945 waren in Summe 147 Mandate an die SPÖ gegangen (73,5 Prozent), 51 an die KPÖ (25,5 Prozent) und zwei an die ÖVP (ein Prozent).⁹

Wiener Westbahnhof

Die österreichischen Eisenbahner verfügten traditionell über eine starke gewerkschaftliche Organisation, was durch die starke Konzentration der Mitarbeiter in den Hauptbahnhöfen und Werkstätten erleichtert wurde. Die Schlagkraft der Gewerkschaft hatte sich zuletzt im Eisenbahnerstreik im Februar und März 1933 gezeigt. Nach dem „Anschluss“ standen die Eisenbahner von Beginn an im Visier der Gestapo: Am 28. August 1939 wurden 74 Eisenbahner wegen kommunistischer Tätigkeit verhaftet. Ende 1941 konstatierte die Gestapo eine „selbständige Reichsbahn-KP-Gruppe“, die in sämtlichen Wiener Bahnhöfen und in den Reichsbahnausbesserungswerken



Der Tischler Franz Mager (1895–1943) mit seiner Familie.

Simmering und Floridsdorf bestand.¹⁰ Die führenden Funktionäre wurden von Oktober bis Dezember 1941 verhaftet, am 14. Juli 1942 ins KZ Mauthausen überstellt und zwei Tage später ohne Verfahren ermordet. Im Jänner und Februar 1942 folgten weitere Verhaftungen von Eisenbahnern, die für die KPÖ aktiv waren und für die *Rote Hilfe* gespendet hatten. Im Juni 1942 bilanzierte die Gestapo 70 festgenommene Reichsbahnangehörige in Wien und „Niederdonau“, darunter zehn Spitzenfunktionäre und 34 Funktionäre. Sie hätten Besprechungen zu Schulungszwecken durchgeführt, Mitgliedsbeiträge bezahlt, kassiert und abgeführt, die Herstellung eines Flugblattes geplant und zentral hergestellte kommunistische Flugblätter verbreitet „und schließlich den Beschluß zur Verübung von Sabotageakten im Reichsbahnbetriebe gefaßt und als Weisung an die untergeordneten Funktionäre ausgegeben“.¹¹

Eine der wichtigsten kommunistischen Betriebszellen bestand am Wiener Westbahnhof. Am 6. Jänner 1942 wurde hier der Reichsbahnschaffner Klemens Traxler festgenommen. Er war Unterkassier der dortigen KPÖ-Zelle, kam am 14. Juli ins Konzentrationslager Mauthausen und am 6. September 1942 ins KZ Flossenbürg, wo er im April 1945 befreit wurde. Einen Tag nach Traxler wurde der Schaffner Leopold Mayer verhaftet und im Polizeigefangenenhaus Rossauer Lände bzw. im Wiener Landesgericht inhaftiert. Er hatte als Zellenleiter und Zellenkassier die von ihm gesammelten Beiträge an den Hauptkassier Friedrich



Gestapo-Foto des Bahnhelfers Leopold Wölfel (1899–1943).

Zwickl weitergegeben, der am 16. Juli 1942 in Mauthausen ermordet wurde. Mayer erlebte Anfang Mai 1945 in Mauthausen die Befreiung. Am 7. Februar 1942 wurde der Eisenbahner Karl Guttmann, der ebenso der illegalen Betriebszelle der KPÖ am Westbahnhof angehörte, wegen „Rassenschande“ verhaftet. Er wurde am 19. Mai desselben Jahres nach Mauthausen eingewiesen und starb bereits wenige Wochen später, am 27. Juni 1942, in Gusen – angeblich durch Berühren einer Starkstromleitung.

Leopold Wölfel, seit 1939 Leiter der kommunistischen Organisation am Wiener Westbahnhof, blieb bei der Ende 1941 gegen die Eisenbahner einsetzenden Verhaftungswelle zunächst unentdeckt. Er wurde am 7. Juli 1942 festgenommen und gemeinsam mit Matthias Liska angeklagt. Liska arbeitete ebenso wie Wölfel im Heizhaus des Westbahnhofs, das 1952 nach der vollständigen Elektrifizierung der Strecke abgerissen wurde. Wölfel war für die Verbindung mit Eisenbahnerbetriebszellen der Westbahnstrecke und anderer Wiener Bahnhöfe verantwortlich. Er stand in Kontakt zu mehreren Funktionären der illegalen KPÖ, die 1940/41 den Wiederaufbau der Wiener KPÖ organisierten, etwa Karl Bobek, Anton Peterka, Karl Papouschek, Karl Dluhosch und Anton Gajda. Im September 1941 überreichte ihm der KJV-Funktionär Friedrich Mastny Brandplättchen für Sabotageakte in den Lagerhallen des Westbahnhofs. 1942 wurde Wölfel vom im Frühjahr dieses Jahres neu gebildeten illegalen Zentralkomitee der KPÖ als Bezirksleiter des 15. Bezirks eingesetzt.

Matthias Liska (Liška) war zunächst landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter und ab 1919 Hilfsarbeiter bei der Bahn. Bis 1934 gehörte er der SDAP und dem Schutzbund an. 1939 wurde er vom Kohlenplatz ins Heizhaus am Westbahnhof

versetzt, wo er gemeinsam mit Wölfel die KPÖ-Zelle leitete. Wie Wölfel stand auch Liska mit zentralen Funktionären der KPÖ – wie etwa Anton Peterka, Leopold Ecker, Friedrich Fass und Emil König – in Verbindung. König forderte Liska im Frühjahr 1941 zu Sabotageakten auf, etwa zur Lockerung von Schrauben und zum Einwerfen von Sand in die Lager der Lokomotiven. Liska wurde am 20. November 1942 verhaftet.

Am 21. August 1943 wurden Liska und Wölfel in die Haftanstalt Berlin-Moabit verlegt und fünf Tage später, am 26. August 1943, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. In der Begründung ist zu lesen: „Die Angeklagten haben bis 1942 kommunistische Gruppen geleitet, Mitgliedsbeiträge eingezogen, Zusammenkünfte und Besprechungen mit führenden Funktionären gehabt sowie durch Verbreitung kommunistischer Hetzschriften und Verübung von Sabotageakten den kommunistischen Hochverrat vorbereitet und dadurch dem Feinde des Reiches geholfen.“¹² Liska wurde am 8. September 1943 in Berlin-Plötzensee enthauptet, Wölfel am 1. November 1943 im Zuchthaus Brandenburg-Görden.

Am 14. Juli 1943 wurde der Zuschaffner Paul Krainer, der seit 1938 der Reichsbahnorganisation der KPÖ am Westbahnhof angehörte, verhaftet. Er war von Oktober 1943 bis zur Befreiung im KZ Dachau in Haft. Im Juni und Juli 1944 rollte die Gestapo die gesamte kommunistische Betriebszelle am Westbahnhof auf. Zwischen 1. Juni und 11. Juli 1944 wurden insgesamt 22 Reichsbahnbedienstete verhaftet, die zum größten Teil seit 1939/40 der kommunistischen Betriebsgruppe angehört hatten und auch nach der Verhaftung von Wölfel und Liska aktiv geblieben waren. Bereits knapp ein Jahr zuvor, am 16. August 1943, war der Bahnhelfer Karl Kvas festgenommen und in Berlin-Bernau in-

haftiert worden. Am 1. Juni 1944 wurden der Magazinarbeiter Franz Neusiedler und der im Heizhaus als Tischler arbeitende Ludwig Pavlicek verhaftet, am 2. Juni der Lokomotivführer Friedrich Narrath, am 6. Juni der Rangierer Karl Tod, am 8. Juni der Bahnhelfer Franz Koller und der Heizer Johann Schabmann sowie am 9. Juni der Lokomotivheizer Julius Fleischmann, der Bahnhelfer Heinrich Gartner, der Bahnhelfer Josef Hala, der Maschinenrangierer Leopold Hala, der Schlosser Rupert Helmreich, der Verschieber Ludwig Nöbauer, der Kanalarbeiter Leopold Schnepf, der Badeaufseher Stefan Vondracek, der Lokheizer Florian Weidinger und der Schlosser Josef Wimmer. Am 3. Juli 1944 folgte die Verhaftung des Kohlenarbeiters im Heizhaus Wien-West Karl Minich, am 5. Juli des Bahnhelfers Karl Schindl, am 7. Juli des Lokheizers Franz Ulram und des Bahnhelfers Josef Beständig sowie am 11. Juli des Lokheizers Alois Goldinger und des Oberbahnwarts Johann Nosek. Gegen alle Verhafteten wurde ein Dienststrafverfahren eingeleitet, nach der Verurteilung durch die NS-Justiz wurden die Eisenbahner nach § 53 des Deutschen Beamtengesetzes aus dem Dienst der Deutschen Reichsbahn entlassen.

Am 31. Oktober 1944 fand vor dem Volksgerichtshof die Verhandlung gegen Karl Kvas, Franz Neusiedler, Ludwig Pavlicek, Friedrich Narrath, Franz Koller, Josef Hala und Karl Tod statt. Alle Angeklagten gehörten bis 1934 der Sozialdemokratischen Partei an, die meisten von ihnen waren nach dem Wehrdienst im Ersten Weltkrieg in den Bahndienst eingetreten. Ihnen wurde die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Zelle am Westbahnhof, die Zahlung von Beiträgen, u.a. zur Unterstützung der Ehefrauen der verhafteten Kollegen Wölfel und Liska, und die Verbreitung von kommunistischen Flugschriften vorgeworfen. Neusiedler und Hala wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt, Kvas, Pavlicek, Koller und Tod zu zehn Jahren Zuchthaus. Narrath wurde freigesprochen.¹³ Neusiedler und Hala wurden am 5. Dezember 1944 im Wiener Landesgericht enthauptet. Kvas, Tod, Koller und Pavlicek erlebten am 6. April 1945 die Befreiung im Gerichtsgefängnis am Hernalser Gürtel. Minich wurde in einem eigenen Verfahren angeklagt und am 22. September 1944 vom Volksgerichtshof zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.¹⁴ Er war bis zur Befreiung im Zuchthaus Straubing inhaftiert.



Gestapo-Foto des Bahnhelfers Josef Hala (1895–1944) und des Magazinarbeiters Franz Neusiedler (1898–1944).

Acht weitere Eisenbahner – Ludwig Nöbauer, Josef Wimmer, Stefan Vondracek, Julius Fleischmann, Rupert Helmreich, Leopold Hala, Florian Weidinger und Johann Schabmann – wurden nicht vor dem Volksgerichtshof, sondern vor dem Oberlandesgericht Wien angeklagt. Auch sie waren bis 1934 Mitglieder der SDAP und gehörten von 1940 bzw. 1942 bis 1944 der Betriebszelle der *Roten Hilfe* am Westbahnhof an. Ihnen wurde vorgeworfen, mit Spendengeldern die Frauen der verhafteten und später hingerichteten kommunistischen Widerstandskämpfer Leopold Wölfel und Matthias Liska unterstützt zu haben. Wegen „Beihilfe zur Vorbereitung des kommunistischen Hochverrates“ wurden Nöbauer und Vondracek am 27. Oktober 1944 zu vier Jahr Zuchthaus verurteilt, Wimmer und Fleischmann zu drei Jahren, Helmreich zu zweieinhalb Jahren, Hala und Weidinger zu zwei Jahren und Schabmann zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus. Bei ihren Spendenzahlungen an die *Rote Hilfe* seien „karitative Momente“ und das „gerade beim Wiener Arbeiter hochentwickelte Solidaritätsgefühl“ ausschlaggebend gewesen, begründete das Gericht die aus seiner Sicht vergleichsweise geringen Strafen. Es könne „den Angeklagten geglaubt werden, dass sie selbst keineswegs kommunistisch gesinnt seien, die Gewaltbestrebungen der KP ablehnen und nie die Absicht gehabt hatten, durch ihre Spendenleistungen die Verwirklichung der kommunistischen Ziele zu fördern“, so das Urteil des Oberlandesgerichts Wien.¹⁵ Im April 1945 erlebten Fleischmann, Hala, Nöbauer, Schabmann und Weidinger die Befreiung im Wiener Landesgericht, Vondracek im Zuchthaus Stein an der Donau und Helmreich im Strafgefängnis (Arbeitshaus) Göllersdorf. Wimmer war in den Zuchthäusern Stein an der Donau und Bernau inhaftiert. Gegen die übrigen im Juni bzw. Juli 1944 Verhafteten (Be-

ständig, Gartner, Goldinger, Nosek, Schnepf, Schindl und Ulram) wurde keine Anklage erhoben.

Die Verankerung der KPÖ am Wiener Westbahnhof blieb auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit groß: 1946 gehörten 272 der insgesamt 2.800 Beschäftigten der Partei als Mitglied an (zehn Prozent), darunter auch Fleisch-

mann, Helmreich, Kvas, Minich, Narath, Pavlicek und Vondracek. Fünf Eisenbahner, die wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Betriebszelle am Westbahnhof verfolgt worden waren (Nöbauer, Koller, Schabmann, Tod und Weidinger), waren nach 1945 Mitglied der SPÖ. Die SPÖ stellte am Westbahnhof 80 Vertrauensmänner, die KPÖ 35 und die ÖVP drei.

Gedenken und Mahnen

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden in den drei angeführten Betriebsanlagen Erinnerungszeichen für jene Arbeiter errichtet, die dem NS-Terror zum Opfer gefallen waren. Bereits am 10. November 1946 wurde am Straßenbahn-Betriebsbahnhof Rudolfsheim (Schwendergasse 51) ein Gedenkstein enthüllt, der später durch eine Tafel ersetzt wurde. Auf ihr ist der Name des hingerichteten kommunistischen Straßenbahners Johann Gärtner zu finden. Ende Dezember 1949 stiftete die Gewerkschaft der Eisenbahner eine Gedenktafel für die „justifizierten Kollegen des Heizhauses Wien West“ Josef Hala, Matthias Liska, Franz Neusiedler und Leopold Wölfel. Sie ist in der ÖBB-Zugförderungsleitung Wien-West in der Avedikstraße 2 angebracht, wo sie nicht öffentlich zugänglich ist. Ein am 23. November 1947 am damaligen Gelände der Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe in der Siebeneichengasse 7–9 enthülltes Mahnmahl mit den Namen der hingerichteten Kommunisten Josef Lengauer und Franz Mager befindet sich seit 1974 in der Hauptwerkstätte der Wiener Linien in der Simmeringer Hauptstraße 252 (Wien 11).¹⁶

Anmerkungen:

1/ DÖW 19793/40, VGH-Urteil gegen Johann Gärtner, Anna Gärtner und Johann Pilny, 16.8.1944, S. 1f. Weitergehende personenbezogene Angaben stützen sich auf die Opfer-

fürsorgeakten im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW 20000), auf Mitgliedsakten des bis 1948 bestehenden überparteilichen KZ-Verbands (DÖW 20100) bzw. auf Lebensläufe im Zentralen Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, die aus Platzgründen nicht im Einzelnen angeführt werden. Angaben über Verhaftungen gehen vor allem auf die im DÖW vorhandenen Tagesberichte der Gestapo-Leitstelle Wien zurück. Detaillierte biografische Informationen über alle genannten WiderstandskämpferInnen finden sich in Manfred Mugrauer: *Widerstand und Verfolgung in Rudolfsheim-Fünfhaus 1938–1945*. Eine Dokumentation, hg. vom Museumsverein Rudolfsheim-Fünfhaus in Kooperation mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2024, S. 66–81 und 99–114.

2/ DÖW 10081, Urteil des OLG Wien gegen Franz Pollak und fünf weitere Angeklagte, 6.7.1944, S. 1f.

3/ DÖW 12937, Urteil des OLG Wien gegen Gertrude Brachtel und sieben weitere Angeklagte, 21.4.1944, S. 2f.

4/ DÖW, Tagesbericht der Gestapo Wien, 15.–21.12.1944, S. 5.

5/ Die Angaben über die Betriebsräte und die Anzahl der KPÖ-Mitglieder der entsprechenden Betriebsorganisationen sind den Berichten der Grundeinheiten vom März 1946 an den 13. Parteitag entnommen (ZPA der KPÖ).

6/ DÖW 4556, Urteil des OLG Wien gegen Otto Stiedl, 27.9.1941, S. 2.

7/ DÖW 19793/108, VGH-Urteil gegen Franz Mager, 23.11.1941, S. 6.

8/ LG Wien, SHv 6324/47, Vermerk der Gestapo Wien, 4.2.1942, zit. nach: *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945*. Eine Dokumentation, Bd. 3: 1938–1945, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1984, S. 331f.

9/ ZPA der KPÖ, Bericht über die Entwicklung der Partei vom [13.] Parteitag [1946] bis zum 1. Jänner 1947, S. 35.

10/ DÖW, Tagesbericht der Gestapo Wien, 3./4.12.1941, S. 1.

11/ DÖW, Tagesbericht der Gestapo Wien, 1./2.6.1942, S. 1.

12/ DÖW 19793/105, VGH-Urteil gegen Matthias Liska und Leopold Wölfel, 26.8.1943, S. 1.

13/ DÖW 19793/99, VGH-Urteil gegen Karl Kvas und sechs weitere Angeklagte, 31.10.1944, S. 2.

14/ DÖW 20000/M425, VGH-Urteil gegen Karl Minich, 22.9.1944, S. 1.

15/ DÖW 10387, Urteil des OLG Wien gegen Ludwig Nöbauer und sieben weitere Angeklagte, 27.10.1944, S. 8.

16/ Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1998, S. 281, 334 und 341.

Gedenken und Geschichtspolitik: Die Shoah–Namensmauern–Gedenkstätte in Wien

MICHAEL HOLLOGSCHWANDTNER

Den in der Shoah ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen „ihre Namen und die menschliche Würde“ zurückzugeben, die ihnen „so gnadenlos geraubt worden waren“,¹ stellt, in den Worten des Initiators, den Beweggrund für die Errichtung der Namensmauern dar. Die Gedenkstätte wurde am 9. November 2021, dem Jahrestag des Novemberpogroms, im Beisein der Staatsspitze feierlich eröffnet. Die im Wiener Ostarrichipark, an Universitätscampus und Nationalbank angrenzend, erbaute „Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich“ besteht aus elliptisch zueinander ausgerichteten Granitplatten, darin eingemeißelt sind die über 64.000 Namen und Geburtsjahre (auf die Verzeichnung der Sterbejahre wurde verzichtet) der Opfer der Shoah. Die in der Mitte angelegte Grünfläche soll „die Ruhe vermitteln, die eine Stätte der Andacht benötigt“, wie auch an die Massengräber von Maly Trostinec erinnern. In der Öffentlichkeit nach wie vor weitgehend unbekannt, wurden in diesem Vernichtungslager nahe Minsk rund 10.000 österreichische Juden und Jüdinnen ermordet – mehr als an jedem anderen Ort außerhalb von Auschwitz.² Über das öffentliche Gedenken hinaus soll durch die Namensmauern-Gedenkstätte auch die Frage aufgeworfen werden, „wie es möglich war, das Österreicherinnen und Österreicher sich damals, in einer überwältigenden Anzahl, an den Verfolgungen und den Ermordungen beteiligt haben“.³ Diese Intention manifestiert sich durch einen Verweis auf einer Granitplatte am Haupteingang zur Gedenkstätte, auf der festgehalten wurde, dass sich „zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher“ an der Shoah beteiligten. Ebenfalls auf einer solchen Platte am Zugang zur Gedenkstätte sind eine Reihe weiterer Gruppen angeführt, die im NS-Regime verfolgt wurden.⁴

Bereits Mitte der 1990er Jahre hatte Simon Wiesenthal die Errichtung einer Namensmauer für die Opfer der Shoah angeregt, doch zu diesem Zeitpunkt fehlte es schlichtweg an den erforderlichen Daten.⁵ Dies änderte sich erst im Jahr 2001 mit der Fertigstellung des vom

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) durchgeführten, großangelegten Forschungsprojekts „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“. Auf die dabei erstellte Datenbank konnte zur Errichtung der Namensmauern-Gedenkstätte zurückgegriffen werden, wobei auch das DÖW im Zuge der Planung der Gedenkstätte Angehörige und Nachkommen dazu aufrief, möglicherweise fehlerhafte Angaben zu Opfern in der Datenbank zu überprüfen und nicht aufgeführte Personen mitzuteilen.⁶ Wenn im Kontext der Namensmauern-Gedenkstätte von „österreichischen Juden und Jüdinnen“ gesprochen wird, wird also jenen Festlegungen gefolgt, die die Grundlage für die Erforschung der Lebensdaten darstellen. Im Hinblick auf die Charakterisierung als „Jude/Jüdin“ wiesen Florian Freund und Hans Safrian explizit auf die Schwierigkeit hin, dass dabei notwendigerweise die Definition des NS-Regimes (in Form der Nürnberger Rassegesetze) herangezogen werden muss, denn für „die Verfolgung durch das NS-Regime war nicht maßgeblich, ob sich jemand subjektiv – aus welchen religiösen, kulturellen, politischen usw. Gründen“ als Jude/Jüdin ansah. Mit „österreichisch“, und damit einem zweiten zentralen Kriterium, wurden im Projekt „Namentliche Erfassung“ nicht StaatsbürgerInnen verstanden, sondern all jene als jüdisch verfolgten Personen, die zwischen 1938 und 1945 in Österreich durch Selbstmord oder Mord ums Leben kamen oder aus Österreich flüchteten und vom NS-Regime in anderen europäischen Ländern eingeholt wurden.⁷ Diese (erforderliche) Festlegung führt etwa dazu, dass die in der Shoah ermordeten Eltern des Initiators der Namensmauern-Gedenkstätte in Österreich als österreichische und in Belgien, dem Land ihrer Deportation, als belgische Opfer aufscheinen.⁸

Langer Weg zur Umsetzung

Die Initiative zur Errichtung der Namensmauern geht auf den 1930 in Wien geborenen Kurt Yakov Tutter zurück. Gelang es der Familie Tutter, nach dem „Anschluss“ Österreichs nach Brüssel zu fliehen, waren sie nach dem Einmarsch der Wehrmacht 1940 erneut

von Verfolgung bedroht. Kurt Tutter und seiner Schwester gelang es, versteckt zu bleiben, zunächst auf dem Dachboden der Wohnung und schließlich untergebracht bei einer katholischen Familie. Ihre Eltern jedoch wurden nach Auschwitz deportiert, sie überlebten nicht. Nach dem Krieg emigrierte Tutter nach Kanada,⁹ mit Österreich wollte er „nichts zu tun haben“, bis Bundeskanzler Franz Vranitzky 1993 „die Hand ausgestreckt“¹⁰ habe – in Form des öffentlichen Eingeständnisses österreichischer Verantwortung sowie der Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes, mit dem jenen Menschen, die flüchten konnten, die Möglichkeit zur (Wieder-)Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft gegeben wurde. Um das Andenken an jene zu ehren, denen die Flucht nicht gelang und die dem NS-Regime zum Opfer fielen, begann Tutter schließlich, sich für die Errichtung einer Namensmauern-Gedenkstätte in Wien einzusetzen. Im Jahr 2000 gründete er dazu eine Initiativgruppe, deren Mitglieder neben ihm selbst auch Walther Lichem, dem damaligen österreichischen Botschafter in Kanada, Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich, sowie Wolfgang Neugebauer, dem damaligen wissenschaftlichen Leiter des DÖW, waren.¹¹ Nach und nach gelang es, weitere prominente UnterstützerInnen, insbesondere PolitikerInnen und angesehene WissenschaftlerInnen, zu finden.¹² Dennoch stießen ihre Bemühungen zunächst „auf großes Desinteresse seitens Stadt und Bund“, wie Tutter später resümierte.¹³ Erst die schwarz-blaue Bundesregierung sollte im Jahr 2018 jene Schritte setzen, die zur Realisierung der Gedenkstätte führten. Im Februar desselben Jahres fand die von der Universität Wien ko-organisierte, hochrangig besetzte Konferenz „An End to Antisemitism!“ statt, die von Bundeskanzler Sebastian Kurz eröffnet wurde und bei der sich der französische Philosoph und Publizist Bernard-Henri Lévy in seiner Rede für den Bau der Namensmauern aussprach.¹⁴ Nach beinahe zwei Jahrzehnten vergeblicher Bemühungen erfolgte die Umsetzung des Projekts nun vergleichsweise rasch. Das erste offizielle Treffen zwischen Tutter und Kurz

fand noch im März statt, und Kurz sagte die Finanzierung zu, wenn auch nur eine Teil-Finanzierung. Durch den Beschluss der Landeshauptleutekonferenz und ein von der Industriellenvereinigung organisiertes Fundraising-Dinner gelang es Tutter, weitere Gelder zu erhalten. Vor Ende des Jahres dann bekam er die Zusage für den noch fehlenden Betrag durch die Bundesregierung,¹⁵ sodass im Juni 2020 mit der Errichtung der Gedenkstätte begonnen werden konnte.¹⁶

Kritische Reaktionen

Die Entstehung der Namensmauern-Gedenkstätte wurde nur in geringem Umfang von öffentlicher Diskussion begleitet. In der Frühphase der Bemühungen um deren Errichtung äußerte sich der damalige Präsident der Israelitische Kultusgemeinde betont zurückhaltend gegenüber dem Projekt. So kommentierte Ariel Muzicant im Jahr 2005: „Die Opfer wollten eine Gedenkstätte in der Synagoge. Die haben wir gebaut. Warum sollten wir das noch einmal machen?“¹⁷ Er bezog sich dabei auf den wenige Jahre zuvor eröffneten Gedenkraum im Wiener Stadttempel, wo die Namen der österreichischen Shoah-Opfer in drehbare Schiefertafeln eingraviert worden waren.¹⁸ Anlässlich der Eröffnung der Namensmauern-Gedenkstätte bezeichnete Muzicants Nachfolger Oskar Deutsch diese jedoch als „Meilenstein“. Mit Verweis auf Primo Levis bekannter Warnung („Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“) und der Funktion von Gedenkstätten als Mahn- und Lernorte differenzierte Deutsch in seiner Rede: „Im Stadttempel der Synagoge in der Seitenstettengasse hat die Kultusgemeinde vor 20 Jahren [...] eine Gedenkstätte mit den Namen der 64.000 Todesopfer eingerichtet. Das war der Wunsch der Hinterbliebenen. Diese Namensmauer hier im Ostarrichipark ist keine jüdische Angelegenheit, sondern eine der gesamten Republik.“¹⁹

Die größte Resonanz dürfte jedoch ein ORF.at-Beitrag hervorgerufen haben, in dem Wiener Zeithistorikerinnen und -historiker zitiert wurden, die „[a]ufgrund ihrer Positionen in renommierten heimischen Institutionen“ anonym bleiben wollten. Sie äußerten insbesondere daran Kritik, dass weder eine Ausschreibung erfolgte noch eine öffentliche Debatte zur Ausgestaltung angestrebt worden war, sowie dass die Gedenkstätte ausschließlich jenen Menschen gewidmet ist, „die aufgrund der Nürnberger Gesetz verfolgt“ wurden.²⁰ Daraufhin ließ der



© C. Stadler/Bwag

Die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichipark in Wien

damalige wissenschaftliche Leiter des DÖW, Gerhard Baumgartner, in einer Stellungnahme wissen, dass das DÖW „sich vorbehaltlos zur Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte“ bekenne. Darüber hinaus wies er die durch die Anonymität geschaffene Implikation scharf zurück, wonach ein „Klima der Angst vor [...] Repressionen innerhalb geschichtswissenschaftlicher Forschungseinrichtungen“ herrsche.²¹ In einer Aussprache zwischen dem DÖW und dem Chefredakteur von ORF.at, Gerald Heidegger, betonte Heidegger, „dass es nie darum gegangen sei, die Unternehmung von Tutter infrage zu stellen“, räumte jedoch ein, dass „anonyme Stimmen nicht Grundlage einer Kritik sein könnten“.²²

Die im erwähnten Zeitungsartikel vorgebrachten Hauptkritikpunkte wurden auch von InteressensvertreterInnen und anderen solidarischen Stimmen geäußert. So kritisierte beispielsweise Doron Rabinovici das Fehlen von Ausschreibung und öffentlicher Debatte. Er erinnerte außerdem daran, dass „das Gedenken an die Roma und Sinti immer noch keinen würdigen Platz in Wien“ habe.²³ Ähnlich die damalige Präsidentin der Hochschüler*innenschaft Österreichischer Roma und Sinti, Sladi Mirković, die Tutters „unentwegten Einsatz“ als „Inspiration für die jüngste Generation“ würdigte, aber auch festhielt: „Richtig wäre ein gemeinsames Denkmal. Richtig wäre ein lebendiger, interaktiver Ort des Gedenkens, wie etwa ein Holocaustmuseum.“²⁴ Die Kunsthistorikerin Daniela Hammer-Tugendhat wiederum betonte, dass zu jenen, „die immer bewusst verdrängt werden“, auch „die Linken und Linkskatholiken, die Kommunisten [gehören], die aktiv gegen den Faschismus gekämpft haben. Das waren die Ersten, die in den

KZs gelandet sind.“²⁵ In einer Replik wurden Beiträge dieser Art als Ausdruck von „Opferkonkurrenz“ bezeichnet – eine Qualifizierung, die im Kontext des Bedeutungsgewinns des Gedenkens an die Shoah häufiger vorgenommen wird. Zumindest in diesem Fall geht eine solche Qualifizierung jedoch an der Tatsache vorbei, dass es etwa den ProponentInnen einer zentralen Gedenkstätte für die ermordeten Roma und Sinti nicht um einen Wettbewerb der Denkmäler gehen dürfte, sondern um den Versuch, ihr Anliegen in Zeiten erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit zu artikulieren. Kurt Tutter selbst verwies im Hinblick auf die fehlende Ausschreibung gegenüber dem Verfasser darauf, dass die Planung der Gedenkstätte bereits Jahre vor der Zusage erfolgte, um angesichts des lange Zeit bestehenden Desinteresses vonseiten der politisch Verantwortlichen die Chancen auf deren Realisierung zu erhöhen.²⁶ Hinsichtlich eines gemeinsamen Denkmals verwies Tutter auf ein Treffen mit dem damaligen Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, Rudolf Sarközi. Sarközi habe, so Tutter, sich dabei für ein eigenes Denkmal der Roma und Sinti ausgesprochen.²⁷

Staatliche Geschichtspolitik

Diese baldige Realisierung wurde Tutter im Gedenkjahr 2018 in Aussicht gestellt. Die Republik erinnerte mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und geschichtspolitischen Aktivitäten aus diesem Anlass neben „Anschluss“ und Novemberpogrom auch der Republikgründung und dem Beschluss des Frauenwahlrechts 1918, der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 wie des „Prager Frühlings“ 1968.²⁸ Dirk Rupnow resümierte:

„[d]ie offiziellen Gedenkreden der Repräsentanten des Staates hielten mit ihren wiederholten Beschwörungen von Demokratie und Gemeinsamkeit letztlich wenig Überraschendes und praktisch keine Höhepunkte bereit. Sie werden nur interessant, wenn man sie vor dem Hintergrund der realpolitischen Verhältnisse [...] liest, in Verbindung setzt mit ansonsten populistischen, antisemitischen oder rassistischen Aussagen.“²⁹ Aufgrund eben solcher Inhalte hatte das Gedenkjahr für das Image der Bundesregierung sehr unvorteilhaft begonnen. Im Jänner und Februar deckte der *Falter* auf, dass in den schlagenden Burschenschaften Germania und Bruna Sudetia,³⁰ in denen auch führende Funktionäre der damaligen Regierungspartei FPÖ als Mitglieder vertreten waren, Liederbücher mit offen antisemitischen und rassistischen Inhalten kursierten. Infolge der innenpolitischen Wellen, die die „Liederbuch-Affäre“ schlug, kündigte Parteiboss Heinz-Christian Strache die Erstellung eines Berichts („Historikerkommission“)³¹ zur Geschichte des „Dritten Lagers“ an und verurteilte Antisemitismus öffentlichkeitswirksam.³² Eine solche Betonung des Kampfes gegen Antisemitismus, in den von offizieller Seite auch die Errichtung der Namensmauern-Gedenkstätte eingeordnet wurde,³³ unterscheidet die türkis-blaue von den bisherigen ÖVP-FPÖ-Regierungen. Die Umsetzung von – teils bedeutenden – Projekten, die dem Gedenken an die NS-Verbrechen und dem Lernen über sie gewidmet waren, stellt hingegen eine Gemeinsamkeit dar. Zu diesen Projekten gehört etwa die Initiierung einer Reform der Gedenkstätte Mauthausen im Jahr 2000, die von wissenschaftlicher Seite seit langem gefordert worden war, die Errichtung eines Besucherzentrums in der Gedenkstätte Gusen 2004 oder der Beschluss zur Errichtung eines Denkmals in Maly Trostinec 2018, die gar durch die FPÖ (im Wiener Gemeinderat) initiiert worden war.³⁴

Bedeutung und Nutzung

Die hohe gesellschaftspolitische Bedeutung des Gedenkens an die Massenverbrechen des NS-Regimes im Allgemeinen und an die systematische Ermordung der Juden und Jüdinnen im Besonderen ist Resultat einer vergleichsweise jungen Entwicklung. Dieser zumeist als „Europäisierung der Erinnerung“ gefasste transnationale Prozess setzte in (West-)Europa in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein und war verbunden mit



Granitplatten mit den Namen der ermordeten Jüdinnen und Juden

dem Eingeständnis nationaler Verantwortung wie auch dem Bedeutungsverlust des Gedenkorts Widerstand. Die „wiederentdeckte Erinnerung“ an die Shoah, so der britische Historiker Tony Judt, wurde zur „Definition und Garantie für die wiedergefundene Humanität“ Europas und zum „negativen europäischen Gründungsmythos“.³⁵ Vor diesem Hintergrund kann der Standort der Namensmauern-Gedenkstätte auch als Symbol für die veränderten Koordinaten staatlicher Geschichtspolitik gelesen werden, verweist doch die Benennung der Fläche auf einen weiteren staatlich betriebenen Identitätsdiskurs: Im Jahr 1996 erfolgte aus Anlass der Feierlichkeiten zu „1000 Jahre Österreich“ die Umbenennung in Ostarrichi-Park.³⁶ Mit der Errichtung der Namensmauern-Gedenkstätten wird der Ort wieder zur staatlichen Repräsentation genutzt, etwa aus Anlass des offiziellen Gedenkens der Bundesregierung zum 9. November oder von Staatsbesuchen. Doch auch über diese – nun deutlich gesteigerte – Funktion staatlicher Repräsentation hinaus kann davon ausgegangen werden, dass die Gedenkstätte einen dauerhaften kollektiven Bezugspunkt darstellt. Wenngleich (noch) keine systematisch erhobenen Daten zu deren Nutzung vorliegen, ergibt sich für den geneigten Beobachter der Eindruck zahlreicher BesucherInnen, sei es touristisch oder, wie vom Initiator intendiert, als Lernort³⁷ oder als Ort individuellen Gedenkens. Vor dem Hintergrund der geschichtspolitischen Agenda der Regierung, die die Anerkennung der Shoah-Opfer beinhaltet, wurde durch Kurt Tutter die Möglichkeit auch einer solchen Nutzung geschaffen.

Anmerkungen:

- 1/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at/historische-begrundung> [1.3.2026].
- 2/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at> [1.3.2026]; Winfried R. Garscha: Maly Trostinec. Die plötzliche Aufmerksamkeit für eine vergessene Mordstätte des Nationalsozialismus, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 26. Jg. (2019), Nr. 2, S. 27.
- 3/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at/ein-ort-der-andacht> [1.3.2026].
- 4/ Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich. Projektinformation. Stand: November 2021, S. 4 (https://www.nationalfonds.org/files/content/documents/nf/Factsheet_Shoah_Namensmauern_Gedenkstaette_11_2021_DE.pdf [1.3.2026]). Neben politischen GegnerInnen und Wehrmachtsdeserteuren werden „Angehörige der Roma und Sinti jeden Alters, Kinder und Erwachsene, die als geistig oder körperlich behindert galten, Menschen, die als ‚Asoziale‘ verfeimt waren oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt wurden sowie Kärntner Sloweninnen und Slowenen“ am Eingang zur Gedenkstätte ebenso genannt wie jene Menschen, „die als Ausländerinnen und Ausländer auf dem Staatsgebiet des heutigen Österreich gelitten und zu zehntausenden ihr Leben verloren haben.“
- 5/ Denkmal gegen Denkmal, in: *taz*, 28.12.1994; siehe auch Florian Freund: Ein „papierenes Denkmal“: Das Projekt zur namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, in: Rudolf G. Ardel/Christian Gerbel (Hg.): *Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995. Österreich – 50 Jahre Zweite Republik*. Innsbruck, Wien: Studien-Verlag 1997, S. 369–373, hier S. 369.
- 6/ DÖW: Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte in Wien. Aufruf zur Überprüfung der Namen, 2.7.2020, <https://www.doew.at/neues/shoah-na>

mensmauern-gedenkstaette-in-wien [3.3.2026].
 7/ Florian Freund/Hans Safrian: Vertreibung und Ermordung. Zum Schicksal der österreichischen Juden 1938 – 1945. Das Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1993, S. 41 und 45.
 8/ Wenngleich Kurt Tutters Eltern entsprechend der Benennung der 1970 im Brüsseler Vorort Anderlecht eingeweihten Namensmauer als „Märtyrer“ verzeichnet sind (Mémorial National aux Martyrs Juifs de Belgique). Von seiner Reise zur Namensmauer in Anderlecht berichtet Tutter in: Aus meinem Leben, in: Bundeskanzleramt Österreich (Hg.): Denkmal = Memorial = Matsevat zikharon, Bd. 1. Wien 2023, S. 368–375, hier S. 370–371.
 9/ Kurt Yakov Tutter: „An echts Weanah Kind“. Eindrücke eines Lebens, in: *Zwischenwelt. Literatur, Widerstand, Exil*, 18. Jg. (2001), Nr. 3, S. 55–56.
 10/ Shoah-Gedenkstätte in Wien: Ort zum Trauern um 65.000 Tote, in: *Der Standard*, 8.11.2021.
 11/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at/der-verein> [17.10.2021].
 12/ Das von der Initiativgruppe ins Leben gerufene ProponentInnen-Komitee setzte sich zusammen aus: Erhard Busek, David Ellensohn, Franz Fischler, Eric R. Kandel, Albrecht A. Konecny, Kai Jan Krainer, Robert Menasse, Ernst Löschner, Anton Pelinka, Johanna Rachinger, Ari Rath, Oliver Rathkolb und Anton Zeilinger (<https://www.shoah-namensmauern-wien.at/befurworter-der-gedenkstaette>) [1.3.2026].
 13/ Tutter: Aus meinem Leben, S. 371.
 14/ Suche nach einem Handbuch gegen Judenhass, in: *Die Presse*, 20.2.2018.
 15/ <https://www.shoah-namensmauern-wien.at/projekt-unterstuetzer> [8.3.2026]; Gedenkstätte, Projektinformation, S. 1.
 16/ Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus: Baubeginn der Shoah-Namensmauer-Gedenkstätte im Ostarrichipark, 22.6.2020, <https://www.nationalfonds.org/meldung/baubeginn-der-shoah-namensmauern-gedenkstaette-im-ostarrichipark> [1.3.2026].
 17/ Wien: Diskussion um Gestaltung der geplanten Holocaust-Gedenkstätte, in: *Der Standard*, 14.2.2005.
 18/ Eine symbolische Grabstätte für die jüdischen Opfer der Schoah, in: *Die Gemeinde. Offizielles Organ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien*, 545 (Dez. 2002), S. 6–7, hier S. 6.
 19/ Eröffnung der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichipark, <https://www.youtube.com/watch?v=TCzXxY3j1A> [1.3.2026].
 20/ Ein Stein des Anstoßes, ORF.at, 4.7.2021.
 21/ DÖW: Stellungnahme von Gerhard Baumgartner. Zum Bericht des ORF über Kritik an der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte, APA-OTS, 4.7.2021.

22/ Gedenken an 64.440 ermordete Juden, ORF.at, 9.11.2021.
 23/ Ebd.; Doron Rabinovici: Für einen Platz der Erinnerung, in: *Der Standard*, 24.10.2021. Neben dem Standort wird die eingeschränkte Widmung an der bestehenden Gedenkstele im Barankapark am Belgradplatz in Wien-Favoriten kritisiert, die den ermordeten Lovara, Roma und Sinti gewidmet ist, die von diesem Ort aus deportiert wurden.
 24/ Sie haben uns (k)ein Denkmal gebaut, in: *Der Standard*, 16.11.2021.
 25/ Gedenken an 64.440 ermordete Juden, ORF.at, 9.11.2021.
 26/ Gesprächsprotokoll mit Kurt Tutter, 13.1.2022.
 27/ Shoah-Gedenkstätte in Wien: Ort zum Trauern um 65.000 Tote, in: *Der Standard*, 8.11.2021.
 28/ 2018 – 100 Jahre Republik, <https://2018.hdgoe.at> [10.02.2026].
 29/ Dirk Rupnow: Das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 – eine Rückschau, in: *zeitgeschichte*, 46. Jg. (2019), Nr. 4, S. 463–477, hier S. 468.
 30/ Siehe etwa „Wir schaffen die siebte Million“, in: *Falter*, 24.1.2018, S. 13.
 31/ Zur Kritik an der Bezeichnung „Historikerkommission“ für den FPÖ-Bericht siehe DÖW: Wissenschaftliche Stellungnahme zum FPÖ-„Historikerbericht“, 3.2.2020, <https://www.doew.at/neues/wissenschaftliche-stellungnahme-zum-fpoe-historikerbericht> [17.2.2026].
 32/ HC Strache: Kein Platz für Antisemiten am Akademikerball und in der FPÖ, APA-OTS, 26.1.2018.
 33/ Siehe etwa Bundeskanzleramt der Republik Österreich: Nationale Strategie gegen Antisemitismus. Strategie der Republik Österreich zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus. Wien 2021, S. 156–157.
 34/ Bertand Perz: Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck: Studien-Verlag 2006, S. 259–260; Garscha: Maly Trostinec, S. 27.
 35/ Tony Judt: Geschichte Europas. Von 1945 bis zur Gegenwart. München, Wien: Hanser 2006, S. 966.
 36/ Siehe Martin Reisigl: Nationale Rhetorik in Fest- und Gedenkreden. Eine diskursanalytische Studie zum „österreichischen Millennium“ in den Jahren 1946 und 1996. Tübingen: Stauffenburg 2007.
 37/ Die staatliche Plattform ERINNERN:AT veröffentlichte dazu pädagogische Materialien in deutscher und englischer Sprache, die als „niederschwelliges Vermittlungsangebot mit biografischen Zugängen für Schulklassen und Jugendgruppen“ konzipiert wurden. Pädagogische Begleitmaterialien zum Besuch der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätten, 3.2.2026, <https://www.erinnern.at/bundeslaender/wien/artikel/unterrichtsmaterialien-zu-den-shoah-namensmauern> [1.3.2026].

„Licht, Luft und Schatten“ Widerstand und Verfolgung in Wiener Gemeindebauten

Wien: Böhlau 2026, 456 S., 55 Euro



Buchpräsentation mit der Herausgeberin **Claudia Kuretsidis-Haider** und den Autoren Michael Achenbach, Peter Autengruber, Winfried R. Garscha und Manfred Mugrauer

Lesung: **Maria Hofstätter**

Montag, **13. April 2026**, 18.30

SOHO Studios (Sandleitenhof),
Liebknechtgasse 32, 1160 Wien

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen und Vereine, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den unseren Aktivitäten und Publikationen interessiert sind, gesendet.

Aufgrund der gestiegenen Druckkosten und der höheren Posttarife sind die Kosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Angesichts der insgesamt schwierigen finanziellen Situation bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert und nicht Mitglied sind, ein Jahresabonnement zum Preis von 6,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Sollten Sie Mitglied der AKG werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro. In diesem Fall bitte eine Nachricht an klahr.gesellschaft@aon.at mit dem Betreff „Mitgliedschaft“ senden.

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

Spanienkrieg – französische Lager – Auschwitz

Das Ehepaar Auguste und Fritz Guttmann

IRENE FILIP

Eine jener 34 Österreicherinnen, die in den Reihen der Internationalen Brigaden gegen die Franco-Putschisten kämpften, war Auguste („Gusti“) Guttmann, die gemeinsam mit ihrem Mann Fritz im Internationalen Sanitätsdienst an der Seite der Spanischen Republik tätig war. Auguste Guttmann wurde am 4. August 1893 im niederösterreichischen Platt (heute Gemeinde Zellerndorf im Bezirk Hollabrunn) geboren. Ihre aus dem südmährischen Schaffa stammenden Eltern Adolf und Regina Spitzer heirateten 1883 in Retz und wurden in der Folge in Platt ansässig. Nach Ende des Ersten Weltkriegs übersiedelte das Ehepaar mit seinen drei Kindern nach Wien. Die Familie wohnte im 20. Wiener Gemeindebezirk in der Raffaelgasse 20, wo Adolf Spitzer einen Weinhandel unterhielt.¹

Gusti Guttmann schloss 1914 ihre Ausbildung zur Diplom-Krankenschwester ab und war während des Ersten Weltkriegs in mehreren Militärspitälern tätig. Am 28. Dezember 1919 heiratete sie in der Synagoge in der Kluckygasse Fritz Guttmann. Dieser wurde am 15. März 1896 in Litschau geboren und hatte vier weitere Geschwister. Ab 1919 wohnte die Familie Guttmann in der Großen Neugasse 4 im 4. Bezirk.² Fritz Guttmann absolvierte eine Elektrikerlehre und arbeitete bei der Bergmann AG und AEG Union. Im Ersten Weltkrieg war er an der russischen und italienischen Front als Funker eingesetzt. 1918 trat er in die Sozialdemokratische Partei (SDAP) ein. Nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 wurde Fritz Guttmann ebenso wie seine Frau Gusti Mitglied der KPÖ. Er war in der illegalen Gewerkschaftsbewegung und in der *Roten Hilfe* aktiv. Am 8. April 1936 wurde er wegen illegaler kommunistischer Betätigung verhaftet und nach sechs Monaten Inhaftierung in der Rossauer Lände am 25. September 1936 wieder freigelassen.³

Im Spanischen Bürgerkrieg

Im Juni 1937 verließ das Ehepaar Guttmann mit Unterstützung der KPÖ Österreich, um über Paris nach Spanien zu gehen. Während Gusti noch einige Zeit in Paris verblieb, wurde Fritz direkt nach Albacete weitergeleitet, wo sich das

Ausbildungslager der Internationalen Brigaden befand. Nachdem er aus nicht näher bekannten Gründen für nicht wehrtauglich befunden wurde und er bereits in Wien auch als Chauffeur gearbeitet hatte, setzte man ihn im Fuhrpark des Internationalen Sanitätsdienstes ein. Im August kam Gusti nach, war als Krankenschwester in Villanueva de la Jara und nach dem Vorrücken der Franco-Truppen und der Evakuierung des Sanitätsdienstes nach Katalonien ab April 1938 im Spital in S'Agaró tätig. Ab August 1938 hielt sie sich in Pins de Vallès bei Barcelona auf.

Aufgrund von Herzproblemen und einer Rheumaerkrankung war Gusti Guttmann gesundheitlich beeinträchtigt und stellte im August 1938 einen Repatriierungsantrag, wurde beim Passieren der Grenze von den französischen Behörden festgenommen, aber aufgrund ihrer Erkrankung nicht inhaftiert. Fritz Guttmann teilte nach dem Rückzug der Internationalen Brigaden von der Front das Schicksal so vieler seiner österreichischen Mitkämpfer. Beim Überschreiten der Pyrenäen wurde er von den französischen Behörden festgenommen und zuerst im an der Mittelmeerküste gelegenen Lager Saint-Cyprien und danach im Lager Gurs interniert. Von Gusti weiß man, dass sie sich 1939 in der nur wenige Kilometer von Gurs entfernten Kleinstadt Oloron-Sainte-Marie aufhielt.⁴

Briefe aus Frankreich

Aus der Zeit in Frankreich sind Briefe erhalten, die von Gusti und Fritz Guttmann an Verwandte in Wien geschrieben wurden.⁵ Die Mehrzahl der Briefe ist an Lina Spitzer (geborene Karoline Schusser) gerichtet, die vor ihrer Heirat mit Gustis Bruder Josef am 29. Dezember 1918 zum Judentum konvertiert war. Sie lebte mit ihrem Mann und den zwei Kindern Rudolf und Hilde in der Kaschl-gasse 3 im 20. Bezirk. In einem Brief an Lina Spitzer vom 25. April 1939 beschreibt Fritz Guttmann die Situation der Spanienfreiwilligen im Lager Gurs, die Sorge um die in Österreich verbliebene Familie und die Hoffnungen auf die Ausreise in ein Exilland: „Wir haben uns mit Eurem Brief sehr gefreut. Am meisten mit der Mitteilung, dass wir in so kurzer

Zeit schon in England sein werden. Doch die Sache ist nicht ganz so wie sie von St. geschrieben wurde. Es besteht immerhin die Möglichkeit, doch dass es so bald sein wird, glaube ich nicht. Ich wäre schon zufrieden, wenn wir die Bestimmtheit hätten und es auch noch eine Weile dauern wird. [...] Gustl hat sich wohl noch immer nicht ganz erholt, wenn sie wirklich einmal einen Tag arbeitet, ist sie ganz kaputt. Es wird schon noch eine Zeit dauern bis sie ganz arbeitsfähig werden wird. Mir geht es gesundheitlich wieder ganz gut. Nur passt mir das Leben eines Rentiers nicht, möchte schon gerne wieder einmal arbeiten. Es bestehen wohl auch hier einige Möglichkeiten. Man spricht sehr viel von der Einreihung der Emigranten in den Produktionsprozess, doch dauern diese Sachen auch hier endlos lange. Diesbezüglich wäre es in England meiner Meinung nach viel besser.“

Lina Spitzer gelang es nach dem „Anschluss“ Österreichs, ihre beiden Kinder Rudolf und Hilde nach England zu schicken und somit in Sicherheit zu wissen. Am 9. August 1939 schrieb ihr Fritz Guttmann darauf Bezug nehmend: „Nach ziemlich langer Zeit haben wir wieder einmal einen ausführlichen Brief von Rudl erhalten. Wie Rudl schreibt ist er sehr angehängt und muss nach der Werkstättenarbeit seine Dankbarkeit in der Form erweisen, dass er noch Haus- und Gartenarbeit leistet. [...] Meine Begeisterung für das Inselreich ist nicht sehr groß und wenn ich resp. wir woanders hin könnten, wäre ich nicht böse. [...] Deine Frage wegen unseres Aufenthalts kann ich nicht so ohne weiteres beantworten. Es geht uns so leidlich gut, nur lässt bei Gusti die Gesundheit so manches zu wünschen übrig. Die Gegend wo wir sind ist die niederschlagreichste von Frankreich und kannst dir denken, dass dies für ihren Rheumatismus nicht besonders gut ist. Jetzt kommt noch dazu, dass sie des öfteren die ganzen 16 Kilometer laufen muss und was das für sie bedeutet, wirst Du ja verstehen. Aber meine Proteste nützen nichts, sie will auf keinen Fall einen Besuchstag auslassen.“

Im selben Brief beschrieb Fritz Guttmann das Leben und den Alltag im

Lager und ging dabei auch auf die Volkshochschule Gurs ein, in der die österreichischen Spanienkämpfer täglich an Kursen teilnehmen konnten: „Ich bin sehr beschäftigt und habe sehr wenig Freizeit. Nur aus einem Grund ist mir das nicht recht. Ich kann jetzt keinen der vielen Kurse, die bei uns laufen, besuchen. Musste sogar meinen Englischkurs aufgeben. Ich hab bis jetzt immer vergessen Grüße sowohl von Walter W. als auch vom gachblonden Peperl auszurichten. Sie erfreuen sich nicht nur guter Gesundheit, sie sind auch sonst in bester Stimmung und besonders Walter arbeitet viel und gut. [...] Über unsere Perspektiven wissen wir heute noch nicht mehr als vor Monaten, das heißt gar nichts. Pläne gibt es ja eine ganze Menge, aber die Durchführung dieser stößt immer wieder auf neue Schwierigkeiten und so sind wir, ebenso wie Ihr, gezwungen zu warten, warten und warten. Doch wenn man meint, uns mit dieser Taktik klein zu kriegen, so ist den verschiedenen Herrschaften ein kleiner Rechenfehler unterlaufen. [...] Es wird weiter fleißig gelernt, Sport betrieben und auch sehr viel gebastelt. Würdest staunen mit welch geringen Hilfsmitteln die schönsten Sachen, mitunter wahre Kunstwerke entstehen. Unsere Jugendgruppe steht natürlich an der Spitze. Sind aber auch wirklich feine Jung's.“⁶

In einem undatierten Brief an Lina schreibt Fritz Guttman, dass Gusti ihm ankündigt habe, ihn wohl das letzte Mal im Lager besuchen zu können. „Dass wir wieder auseinander mussten ist sehr unangenehm, aber hoffentlich nur von kurzer Dauer. Über unsere Englandfahrt weiß ich momentan nichts. Glaube aber, dass es in absehbarer Zeit sein wird.“ Angefügt sind auch ein paar Zeilen von Gusti, in denen sie Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen äußert. Diese Hoffnungen sollten sich jedoch nicht erfüllen, wurde doch Gusti Guttman am 20. Oktober 1939 im Lager Rieucros (in der Stadt Mende) und danach in den Lagern Brens und Récébédou (bei Toulouse) interniert.⁷

Ermordet in Auschwitz

Es ist unklar, wann und unter welchen Umständen Fritz Guttman das Lager Gurs verlassen konnte. Belegt ist dies durch einen Brief vom 6. April 1941, in dem er Lina Spitzer mitteilte, dass er sich seit einigen Wochen wieder in Paris befinde. Aus einem weiteren Schreiben vom Mai desselben Jahres geht hervor, dass er in einer Gärtnerei in der Nähe von Paris Arbeit gefunden habe und



Auguste Guttman (2.v.l.) bei einem Besuch ihres Mannes Fritz (links) im französischen Internierungslager Gurs. Rechts von ihnen Sioma, Vera und Tonia Lechtmann.

äußerte auch die Sorge um seine Frau und die allgemeine Situation. „An ein Zusammenkommen mit Gustl ist für den Augenblick gar nicht zu denken. Die Arme ist nun schon mehr als eineinhalb Jahre im Lager und nach den neuesten Maßnahmen muss ich mich darauf gefasst machen, auch wieder in ein solches zu kommen. Nette Aussichten, was? Mit Gustl bin ich wohl in ständigem Kontakt, doch wusste ich nicht, dass sie krank ist, sie wollte mich sicher nicht beunruhigen.“

In einem Brief von Fritz Guttman an seine Schwester Therese Mück vom 24. Februar 1942 ist zu lesen: „Deinen Brief liebe Resl haben wir erhalten. Wie klingt das ‚wir‘? Na also, Gusti ist seit drei Tagen wieder in Paris. Sie hat ein ‚bis-schen‘ erlebt und mitgemacht, sie ist aber gesund und wird sich in ein paar Wochen erholt haben. Auch mir geht es wieder besser, obwohl ich nicht die Diät, die mir vorgeschrieben ist, einhalte. Nicht einhalte, weil's eben nicht geht. Weißt ja selbst, dass man bei solchen Sachen vor allem viel Geld braucht. Na, und das haben wir natürlich nicht. Wir müssen froh sein, dass wir uns so über Wasser halten.“ Dies ist auch der letzte erhaltene Brief von Fritz Guttman. Am 27. März 1942 wurde er mit Convoi 1 von Drancy nach Auschwitz deportiert.

Die letzte von Gusti Guttman überlieferte Nachricht ist eine mit 16. August 1943 datierte Postkarte aus dem südfranzösischen Lager Noé: „Liebe Lina! War glücklich über den Roten-Kreuz-Schein. [...] Mir geht es schon besser, nur kann ich mich diesmal so schwer erholen. Es war halt ein sehr schwerer Typhus und ich konnte und bekam auch drei Monate fast nichts zu essen, nur meist Flüssiges

und Brei. Sechs Monate war ich im Hospital und es geschah ein Wunder, dass ich durchkam. Ich wurde sehr schlank. Von Fritz bin ich ohne Nachricht, er soll gesund sein, worüber ich glücklich bin.“ Dies deutet darauf hin, dass sie möglicherweise von der Deportation ihres Mannes wusste und er in Auschwitz noch einige Zeit überlebte und nicht sofort ermordet wurde. Auguste Guttman wurde am 22. Mai 1944 vom Lager Vernet und über Drancy mit Convoi 75 – einem der letzten Transporte vor der Befreiung von Paris – nach Auschwitz deportiert.⁸ Auch ihr exakter Todestag ist nicht bekannt.

Anmerkungen:

1/ Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien, Geburtenbuch Horn; Auskunft der Gemeinde Zellerndorf, 22.4.2010.

2/ Archiv der IKG Wien, Geburtenbuch Horn, Trauungsbuch, Mitteilung von Wolf-Erich Eckstein, 3.5.2021.

3/ RGASPI 495/187/829 (Kopien in DÖW/Spanienarchiv).

4/ RGASPI 495/187/2717 und 495/187/829 (Kopien in DÖW/Spanienarchiv).

5/ Die Briefe befinden sich im Spanienarchiv des DÖW. Es ist nicht bekannt, wie und durch wen sie in das Archiv gelangt sind. Ich danke Wolf-Erich Eckstein, der bei der Identifizierung der AdressatInnen, die meist nur mit Vornamen genannt werden, behilflich war.

6/ Bei „Walter W.“ handelt es sich um den KPÖ-Funktionär Walter Wachs, der ebenso aus dem 20. Bezirk stammte und in der Volkshochschule Gurs mehrere Fächer unterrichtete.

7/ Auguste Guttman, in: [https://ressources.memorialdelashoah.org/notice.php?q=identifiant_origine:\(FRMEMSH040870797160\)](https://ressources.memorialdelashoah.org/notice.php?q=identifiant_origine:(FRMEMSH040870797160)) [1.2.2026].

8/ DÖW-Opferdatenbank.

Gemeinsam gestalten: 90 Jahre „Klump“

Ein Gedenkprojekt zum Widerstand gegen die NS-Euthanasie

CLEMENS GRUBER/SIMONE LOISTL

Schloss Hartheim in Oberösterreich war während des NS-Regimes eine von sechs Tötungsanstalten, in denen Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung sowie Konzentrationslagerhäftlinge und ZwangsarbeiterInnen ermordet wurden. Insgesamt haben mehr als 30.000 Menschen in Hartheim ihr Leben verloren. Im Jahr 2003 wurde der Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim mit der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Euthanasie eingerichtet, wo sich die Ausstellung „Wert des Lebens. Der Umgang mit den Unbrauchbaren“ befindet, die sowohl historische als auch aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen behandelt.

Im Erdgeschoß der Gedenkstätte wird ein Flugblatt aus dem Jahr 1940 mit der Überschrift „Nazikultur“ gezeigt. Thema dieser illegalen Flugschrift ist das Schicksal der Patient*innen der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof in Wien. Von dort erfolgten im Juli 1940 die ersten Euthanasietransporte nach Hartheim. Dazu ist im Flugblatt zu lesen: „Im Dritten Reich ist ein solcher Mensch, wenn er auch ein kranker Mensch ist, ein Volksschädling. So gingen diese nationalsozialistischen Unmenschen her, steckten die Narren vom Steinhof in Omnibusse und führten sie ins Altreich. Angeblich sollten sie dort in bessern Anstalten untergebracht werden. Nach kurzer Zeit wurden Eltern oder Verwandte vom Tod ihres Angehörigen verständigt.“ Auch Transporte, die aus der Heil- und Pflegeanstalt Am Feldhof in Graz bekannt waren, wurden angesprochen. Dass die Busse Hartheim als Ziel hatten, wusste die Gruppe noch nicht. Das Flugblatt schloss mit den Worten: „Die Zeit ist nicht mehr fern. Kein anständiger Mensch kann mehr in dieser Partei bleiben, die kaltblütig und überlegt kranke und alte Leute mordet.“

Die Verfasser dieser Schrift waren der Architekt Herbert Eichholzer, der Schauspieler und Regisseur Karl Drews, der Archivar Franz Weiß, der Angestellte Josef Neuhold und der Rauchfangkehrer Anton Kröpfl. Sie hatten nach der Zerschlagung des kommunistischen Widerstands 1939 in Graz eine neue Gruppe aufgebaut, die auch österreichweit vernetzt war. Im Zuge dieser Vernetzung

konnte die Gestapo ihren Spitzel Kurt Koppel einschleusen, was dazu führte, dass die Gruppe 1941 verraten wurde und alle angeführten Mitglieder wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Das Flugblatt „Nazikultur“ ist das bislang einzige bekannte einer politischen Widerstandsgruppe, das die NS-Euthanasie zum Thema machte und die Morde an PatientInnen psychiatrischer Kliniken offen ansprach.

Architekt Herbert Eichholzer

Der Architekt Herbert Eichholzer emigrierte nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich zuerst nach Frankreich und dann weiter in die Türkei. In Istanbul arbeitete der 1903 in Graz geborene Eichholzer als freier Mitarbeiter in einem Architekturbüro. Bereits kurz nach seiner Ankunft in Istanbul begann er eine Auslandsgruppe der KPÖ aufzubauen. Ende April 1940 kehrte er nach Graz zurück, um im Widerstand aktiv zu werden.

Herbert Eichholzer, der sechs Sprachen beherrschte, meldete sich schließlich als Dolmetscher freiwillig zur Wehrmacht, um auch dort politisch tätig zu werden. Im Oktober 1940 eingezogen, wurde Eichholzer am 7. Februar 1941 bei seiner Einheit in Frankreich verhaftet. Im September 1942 wurde er vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und im Jänner 1943 im Wiener Landesgericht hingerichtet.

Eichholzer gehörte in den Jahren vor seiner Ausreise 1938 einem Kreis junger lebenslustiger KünstlerInnen und kritischer Intellektueller an, die sich häufig in Prenning nahe Graz – im Anwesen der Familie Feuerlöcher – trafen. Gemeinsam mit der Tochter des Hauses, Anna Neumann, und dem Bildhauer Walter Ritter entwarf Eichholzer 1935 das Holzspielzeug „Klump“, welches sie auch selbst produzierten und auf den steirischen Markt brachten. Das Spielzeug zeichnet sich durch einfache abstrahierte Formen mit einer charakteristischen Silhouette und klaren Farben aus. Die Gestaltung entspricht den Ideen der Moderne und sollte die Fantasie und das kreative Denken von Kindern anregen. Die Spielzeugserie umfasste neben einem

„Bauernhof“ und „Zoo“-Tieren auch Architekturtypen im Kleinform als „Oberösterreichisches Dorf“ bzw. als „Tiroler Dorf“.

Wiederentdeckung des Spielzeugs

Im Jahr 2003 wurde das Spielzeug „wiederentdeckt“ und in einem ersten Gedenkprojekt zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung und anlässlich des 100. Geburtstags von Herbert Eichholzer von der ChanceB in Gleisdorf (Bezirk Weiz in der Steiermark) produziert. Aus verschiedenen Gründen musste die Produktion nach einigen Jahren eingestellt werden. 2023, zum 120. Geburtstag von Herbert Eichholzer, griff der Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim diese Idee auf und konnte durch die Unterstützung von Heimo Halbrainer und die Freigabe der Pläne für die Umsetzung durch Antje Senarcens de Grancy die „Klump“-Tiere in einer neuen Auflage produzieren.

Um ein solches Projekt umsetzen zu können, benötigte es viele Hände. Als Kooperationspartner wurden aus der Nachbarschaft die Tischlerei Niedermayr und das Institut Hartheim gewonnen. Das Institut ist eine Einrichtung zur Betreuung und Begleitung von Menschen mit kognitiver und mehrfacher Beeinträchtigung und die Nachfolgeeinrichtung jener Institution, die bis 1938 im Schloss Hartheim Menschen mit Behinderung betreute. Im Café Lebenswert, das sich im ehemaligen Wirtschaftsgebäude des Schlosses befindet, arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung zusammen. Die MitarbeiterInnen des Cafés und des Lern- und Gedenkorts sind sich über die Jahre gut bekannt und vertraut geworden, und so war es naheliegend, die Tiere gemeinsam herzustellen. Im Vorfeld gab es einen Rundgang der MitarbeiterInnen des Cafés in leichter Sprache durch den Lern- und Gedenkort. Auch wenn den MitarbeiterInnen des Cafés die Geschichte des Hauses bewusst war, war es allen ein Anliegen, sich nochmals mit den Ereignissen während der NS-Zeit zu beschäftigen. Vor allem über den Zugang durch Opfer, TäterInnen- und Widerstandsbiografien (hier besonders jene von Herbert Eich-

holzer) konnte eine intensivere Auseinandersetzung erfolgen.

Zum Ferienstart im Juli 2023 wurden dann an zwei Tagen gemeinsam mit MitarbeiterInnen des Büro- und VermittlerInnenteams (inkl. Familien) des Lern- und Gedenkorts und des Cafés 150 vorab ausgeschnittene Holzfiguren bemalt und gestaltet. Im November des Jahres wurde im Rahmen einer größeren Tagung das Projekt vorgestellt und innerhalb von kürzester Zeit waren alle Tiere verkauft. Für alle Beteiligten waren die Erfahrungen und Erlebnisse der beiden Tage – das Miteinander und gemeinsame Gestalten – eine bleibende positive Erinnerung, sodass immer wieder die Frage auftauchte, ob man das Projekt nicht wiederholen könne, auch deshalb, weil keine Tiere mehr zu erwerben waren.

Kooperationsprojekt mit dem Sacré Coeur Wien

2025 und ein Blick in die Vergangenheit brachte dann tatsächlich einen Anlass, das Projekt zu wiederholen, feierte doch das Spielzeug in diesem Jahr seinen 90. Geburtstag. Da immer wieder großes Interesse an dem Spielzeug bekundet wurde, wurde beschlossen, dieses Mal über 200 Tiere zu gestalten. Die größte Herausforderung, auch in Zukunft, besteht darin, jemanden zu finden, der die Rohlinge der Tiere fertigt. Dies in Auftrag zu geben, ist angesichts der finanziellen Möglichkeit des Lern- und Gedenkorts Schloss Hartheim fast unerschwinglich, und auch die inzwischen vielfach angedachte Methode, die Formen mit einem Laser aus dem Holz herauszuschneiden, stieß schnell an ihre Grenzen. Doch 2025 fand sich am Ende dennoch eine Lösung. Mehr Tiere benötigen mehr tatkräftige Hände, und so entstand eine Kooperation mit dem Gymnasium Sacré Coeur Wien, das dem Lern- und Gedenkort Schloss durch Clemens Gruber, einen ihrer Lehrer, verbunden ist. Schon seit längerem stand im Raum, eine zweitägige Veranstaltung samt Übernachtung in Linz zu planen, um den SchülerInnen mehr Zeit zur Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten des Ortes zu geben und aus dem strengen Zeitkorsett des Schulalltags auszubrechen. Das „Klump-Tiere-Projekt“ war somit die perfekte Gelegenheit, dieses Vorhaben umzusetzen. Die Gruppe bestand aus 18 SchülerInnen der 6. und 7. Klassen (16 bis 17 Jahre), die das Wahlpflichtfach Geschichte „Nationalsozialismus in Österreich“ besucht hatten und deshalb bereits Vorkenntnisse mitbrachten.



© Clemens Gruber

Im Unterricht erfolgte vorab eine Auseinandersetzung mit den NS-Krankmorden, wobei der Fokus zunächst auf der Arbeit mit verschiedenen Biografien lag. Die SchülerInnen hatten die Aufgabe, unterschiedliche Biografien von Hartheim-Opfern zu recherchieren und in Form von kurzen Steckbriefen aufzubereiten, die dann im Rahmen eines „World Café“ präsentiert wurden. Das Ziel war, anhand verschiedener Lebensverläufe nicht nur menschliche Individualität offenzulegen, sondern auch die „absurde Logik“ der Eugenik und die gesellschaftlichen Vorstellungen der NS-Ideologie zu dekonstruieren. Ein weiterer Punkt war die Auseinandersetzung mit den TäterInnen von Hartheim. Durch die Analyse der Biografie des ärztlichen Leiters der Tötungsanstalt Hartheim, Dr. Rudolf Lonauer, wurde der Zusammenhang zwischen den zum Teil ausgehebelten medizinisch-ethischen Normen der Zeit und dem Karrierestreben im NS-Staat diskutiert. Inhaltlich konnte dabei auf die Forschungsarbeiten des Lern- und Gedenkorts zurückgegriffen werden: zum einen auf die Sammlung von Opferbiografien in der Publikation „Lebensspuren“, zum anderen auf den von Simone Loistl verfassten wissenschaftlichen Artikel zur Biografie von Rudolf Lonauer im Sammelband „Beyond Hartheim“. Ein Thema, das bei manchen SchülerInnen großes Interesse hervorrief, war der Umgang mit Menschen mit Behinderungen sowie insbesondere mit psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Die Geschichte des Ortes an sich war ebenso Gegenstand des Unterrichts. Dabei waren die vom Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim erarbeiteten und auf der

Homepage frei abrufbaren Unterrichtsmaterialien hilfreich. Zuletzt erfolgte noch eine Beschäftigung mit der Biografie von Herbert Eichholzer und seiner Rolle im Widerstand sowie mit dem historischen Hintergrund der „Klump-Tiere“.

230 „Klump“-Tiere

Der erste Tag der Exkursion startete im Café Lebenswert. Die menschliche Begegnung der TeilnehmerInnen des Projekts stand zu Beginn im Vordergrund und nicht der historische Ort. Alle Beteiligten – LehrerInnen, SchülerInnen und MitarbeiterInnen des Cafés und des Lern- und Gedenkorts – stellten sich in einer kurzen, spielerischen Kennenlernrunde vor. Nach einer kurzen Einführungs- und Einarbeitungsphase und dem Verteilen der Arbeitsmaterialien war die gesamte Gruppe in einem großen Miteinander schnell in die Arbeit vertieft. Die SchülerInnen absolvierten danach einen Rundgang durch die Ausstellung „Wert des Lebens“ und besichtigten die Gedenkstätte, um sich mit der NS-Geschichte des Ortes auseinanderzusetzen. Der zweite Tag der Exkursion startete ebenfalls im Schloss, wo sich die SchülerInnen mit verschiedenen archäologischen Fundgegenständen, welche in der NS-Zeit am Schlossareal vergraben worden waren, beschäftigten. Die meisten dieser Objekte stammen mit großer Gewissheit aus dem Besitz der Opfer. Dieser Programmpunkt ermöglichte eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Geschichte der Opfer bzw. mit der Frage nach der wissenschaftlichen Arbeit am Ort.

Danach wurde im Café gemeinsam an den Tieren weitergearbeitet, was für die SchülerInnen nach der umfassenden und schwierigen Auseinandersetzung mit der

Geschichte von Schloss Hartheim eine willkommene Abwechslung darstellte. Am späten Nachmittag konnte schließlich stolz das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit präsentiert werden: An die 230 „Klump“-Tiere waren gefertigt worden. Mutige Löwen mit gelockter Mähne, rosa (Glücks-)Schweinchen, stolz gepunktete Giraffen, starke graue Elefanten mit großen Ohren, treue kecke Dackel und viele mehr standen nun gesammelt auf einem großen Tisch im Café. Die SchülerInnen verließen Schloss Hartheim nachdenklich, aber auch in heiterer Stimmung – jedenfalls aber mit dem Gefühl, an diesem Ort nicht nur etwas über Geschichte, sondern vor allem etwas für und über das Leben gelernt zu haben. Die beiden folgenden Wahrnehmungen geben einen kleinen Einblick: „Das Basteln mit den MitarbeiterInnen vom Café hatte etwas Versöhnliches an diesem schrecklichen Ort Schloss Hartheim.“ (Lilly S., 16 Jahre alt). „Wir dachten wir würden den Menschen im Café Lebenswert helfen, doch am Ende haben wir gelernt, was wir selbst von ihnen lernen können.“ (Arthur B., 17 Jahre alt).

Ein solches Projekt benötigt viele helfende Hände, kreativ denkende Köpfe, Enthusiasmus, Improvisationstalent, die Bereitschaft, respektvoll und offen aufeinander zuzugehen und den Willen, aktiv und gemeinsam etwas zu schaffen. Daher bleibt uns am Ende nur mehr Danke zu sagen, an alle Beteiligten, die es ermöglicht haben, dieses wundervolle Projekt in die Tat umzusetzen.

Literatur:

Peter Eigelsberger/Simone Loistl/Florian Schwanninger/Claudia Theune (Hg.): Fundstücke, Bd. 1. Alkoven 2023.

Heimo Halbrainer (Hg.): Die Prenninger. Ein Beitrag zur steirischen Kultur- und Widerstandsgeschichte. Graz 2003.

Simone Loistl: „... in politischer und charakterlicher Hinsicht vorzügliche Eignung...“ Rudolf Lonauer – eine biographische Skizze. in: Philipp Rohrbach/Florian Schwanninger (Hg.): Beyond Hartheim. Täterinnen und Täter im Kontext von „Aktion T4“ und „Aktion Reinhard“. Innsbruck 2019 (Historische Texte des Lern- und Gedenkorts Schloss Hartheim, Bd. 3), S. 89–116.

Florian Schwanninger/Irene Zauner-Leitner (Hg.): Lebensspuren. Biografische Skizzen von Opfern der NS-Tötungsanstalt Hartheim. Innsbruck 2013 (Historische Texte des Lern- und Gedenkorts Schloss Hartheim, Bd. 2).

Antje Senarclens de Grancy/Heimo Halbrainer: Totes Leben gibt es nicht. Herbert Eichholzer 1903–1943. Architektur/Kunst/Politik. Wien 2004.

Neu aufgelegt: Brechts „Kriegsfibel“

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Mit diesem vielleicht bekanntesten Satz des Buches endet es. Allerdings kennen diesen Satz die meisten nicht von der 1955 erstmals in Berlin (Hauptstadt der DDR) erschienenen „Kriegsfibel“, sondern als letzten Satz des 1941 entstandenen Theaterstücks „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ von Bertolt Brecht. Ein Streit darüber, was zuerst war, erübrigt sich, da Brecht mit der Arbeit an der „Kriegsfibel“ bereits im Jahr 1940 begonnen hatte. Vermutlich handelt es sich bei diesem besonderen Buch um das unbekannteste Werk Brechts, zugleich eines der langlebigsten und am meisten unterschätzten; weshalb es anlässlich des im August dieses Jahres bevorstehenden 70. Todestags des Dichters angezeigt ist, zur weiteren Verbreitung dieses Werks aufzurufen. In der zwanzigbändigen Ausgabe der Gesammelten Werke Brechts aus dem Jahr 1967 findet man die dort scheinbar trockenen und teilweise rätselhaften Vierzeiler im Band 10; in der dreißigbändigen „Großen kommentierten Berliner und Frankfurter Ausgabe“ aus den 1990er Jahren im zwölften Band. Man überfliegt sie dort wohl eher flüchtig und oberflächlich, weil sie aus dem Zusammenhang gerissen sind, in dem sie geschrieben wurden.

Die 69 Epigramme der Originalausgabe entfalten ihre Wirkung und ihr Verständnis erst mit den Fotos, die durch die Verse kommentiert werden. Im Unterschied zu dem dankenswerterweise 2024, 100 Jahre nach der Erstauflage von 1924, neu herausgegebenem anderen Fotobuch gegen den Krieg, Ernst Friedrichs „Krieg dem Kriege“, präsentiert uns Brecht hauptsächlich Fotos aus verschiedenen, in der Regel weit verbreiteten Zeitungen und Zeitschriften samt den originalen Bildunterschriften, keine sonst zurückgehaltenen Gräuelfotos von entstellten Gesichtern, Massakern, Galgen für Zivilisten oder eigene Soldaten und dergleichen. Meinte Ernst Friedrich vorzugsweise durch die Drastik der Fotos die weder damals noch heute von den Kriegstreibern und ihren Propagandisten gezeigte Grausamkeit zu enthüllen und den Betrachtern und Leserinnen die generelle Menschenfeindlichkeit von Kriegen zu zeigen, so ist Brechts Herangehensweise differenzierter und politischer. Für das Berliner Trümmerfeld, in dem eine alte Frau herumirrt, soll nicht

„das Schicksal“ verantwortlich gemacht werden, sondern die „dunklen Mächte“, so Brecht, „haben Name, Anschrift und Gesicht“.

Das titelgebende Wort „Fibel“ ist heute rar geworden. Früher jedoch legte es jedem Volksschulkind nahe, dass es darin und damit etwas zu lernen gibt. Bei Brecht geht es nicht zuletzt um das Sehen-Lernen der Bilder, etwas, das durch die in den Jahrzehnten seit dem Erscheinen des Buchs entstandene Bilderflut noch schwieriger geworden ist. Ein Bild von Franzosen, die nach der Besetzung von Paris in der Seine angeln (Bildunterschrift: „hier sehen wir eines der typischsten Frühjahrs-Wahrzeichen, das Fischen am Kai“) kommentiert Brecht: „Inmitten unsrer Lichtstadt, zu erobern / Ein kleines Fischlein, das sich hierher stahl / Seht ihr uns fischen für ein karges Mahl / Besiegt von Hitler und von unsern Obern.“ Zugleich aber verbietet er sich und uns Widersprüchlichkeiten nicht: Eine Unzahl an Stahlplatten, von denen eine von vier Arbeitern an die Ketten eines Krans gehängt wird, kommentiert Brecht: „Was macht ihr, Brüder?“ – „Einen Eisenwagen.“ / „Und was aus diesen Platten dicht daneben?“ / „Geschosse, die durch Eisenwände schlagen.“ / „Und warum all das, Brüder?“ – „Um zu leben.“

Die Fotos folgen fast chronologisch dem Kriegsverlauf: Die Kämpfe in Polen, Frankreich, Norwegen, die Luftschlacht über England; Afrika, Asien, Sowjetunion. Aber auch einige Verbrecher-Portraits finden Platz. Natürlich Hitler nicht nur am Ende, sondern auch zu Beginn: „Den schmalen Weg, der in den Abgrund führt: Ich finde ihn im Schläfe. Kommt ihr mit?“ Zwei ältere Herren in biederem Anzügen, mit Hut und Stock, Brecht kommentiert: „Mehr als die Deutschen fürchtend die Franzosen, / Herrschaft der Deutschen? Ja. Des Volkes? Nie.“ Es handelt sich um die französischen Kollaborateure Pétain und Laval. Natürlich finden sich auch Goebbels und Göring (z.B. mit Hitler als Opernpublikum, wohl Wagner lauschend – Brecht: „Ich nenn sie die Bayreuther Republik“), aber ebenso ein seriöses, fast sympathisches Portrait eines Mannes mit Nickelbrille – der selbsternannte „Bluthund“ der Niederschlagung der deutschen Revolution 1918/19, Gustav Noske; jener, der als Sozialdemokrat dazu beitrug, die Arbeiterklasse und die anderen unteren

Klassen wehrlos zu machen gegen die reaktionäre Flut: „*Sie anerkannten's: als die Nazis kamen / Gewährten sie mir Wohnung und Pension.*“ Oder ein Tableau mit Brustbildern von sechs hohen deutschen Militärs: „*Das sind sechs Mörder [...] / Sie zu entlarven, kostete uns nun an fünfzig Städte schon und ein Geschlecht.*“

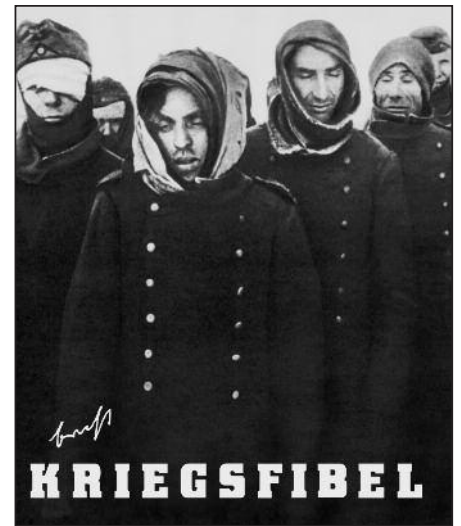
Aber nicht Verbrecherfiguren bilden den Großteil des Werkes. Ein erblindeter australischer Infanterist wird geführt von einem papuanischen Indigenen; oder ein primitives Holzkreuz im Nirgendwo, beschriftet mit „YNCONNU“ (unbekannt) – das kommentierende Epigramm beginnt mit: „*Daß er verrecke, ist mein letzter Wille.*“ Der Vierzeiler zu einem Foto, das von der Sowjetarmee in Stalin-grad besiegte und gefangengenommene Wehrmachtssoldaten zeigt, endet mit: „*Wärmt sie, es ist ihnen kalt.*“ Man verfällt auf den Gedanken, dass jede einzelne Seite des Buches x-fach vergrößert an den Regierungssitzen in Wien, Berlin und Brüssel, gerne auch in anderen Hauptstädten plakatiert, ein gutes Bild abgeben könnte – und zweifelt sofort, ob das die Kriegstreiber daran hindern würde, ihre Handlanger wie Puppen weiter-tanzen zu lassen.

Einige Seiten vorher erschrickt man, unter einem Foto von Hitler in einer Waffenfabrik zu lesen: „*Seht ihn hier reden von der Zeitenwende*“, und denkt wieder an einen Deutschen. Wie schon erwähnt, scheute Brecht sich nicht, Widersprüche zur Geltung zu bringen: Foto Nummer 38 zeigt Churchill im Nadelstreif mit Zigarre und Maschinenpistole – mit dem Brecht'schen Kommentar: „*Ich kenne das Gesetz der Gangs [...] / Die Kultur / Find't als Verteidiger hier keinen bessern.*“ Und bis zuletzt positioniert sich Brecht auch eindeutig nicht nur als Ankläger, sondern auch als Verteidiger und Mitführender der so genannten „einfachen Leute“: Das drittletzte Bild des Bandes zeigt eine junge Frau, hockend am Straßenrad inmitten von Ruinen, viel Gepäck am Rücken und in den Händen: „*Ich hör die Herren in Downingstreet euch schelten*“, beginnt das Epigramm, „*Weil ihr's gelitten, trüget ihr die Schuld.*“ Brecht widerspricht nicht ausdrücklich, aber wendet ein: „*Die Herren schelten selten / Der Völker unerklärliche Geduld.*“ Könnte es sein, dass jene „Downingstreet“, die andauernd vor allem den armen Leuten die Schuld am Weg in den NS-Staat oder überhaupt in Diktaturen gibt, heute auch in Wien und Berlin sitzt?

Wie anfangs angesprochen, war und ist die Verbreitung der vollständigen „Kriegsfibel“ vergleichsweise beschränkt. Warum? Die einfachste Antwort besteht darin, auf die DDR zu schimpfen. Sie hatte Probleme mit diesem Buch, aufgeteilt auf das „Amt für Literatur und Verlagswesen“, die Kulturabteilung des Zentralkomitees der SED und die Akademie der Künste. Welche Entscheidungen vom wem und mit welcher Begründung getroffen wurden, war für Künstler oft schwer auszumachen. Die Forderungen von Parteifunktionären nach politischer Eindeutigkeit endeten manchmal in Kunstfeindlichkeit, mit laut Brecht „lächerlichen“ Urteilen, die letztlich zur Kränkung von Künstlerinnen und Künstlern führten. Hanns Eisler, empfindsamer als Brecht, litt bis zuletzt darunter. Andere wurden verbittert und wechselten auf die andere Seite der Kalten Kriegsgrenze.

„Zu pazifistisch“ lautete ein Einwand, dem Brecht wortreich widersprach; ein anderer kritisierte Seitenhiebe Brechts auf Partner der Anti-Hitler-Koalition. Und ein dritter spielte auf Brechts vermeintliche Vulgarität an und wurde vom Mit-Lektor des Jahres 1955, dem Schriftsteller Günter Kunert, im Jahr 1982 im Magazin Der Spiegel mit einem Leserbrief der westdeutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht: Das Foto der US-Schauspielerin Jane Wyman, die behängt mit Orden um den Genitalbereich posierte, und das sich nun im Anhang des Buches findet, kommentierte Brecht: „*Die Brust entblößt in militärischem Schnitt / mit alten Kriegsmedalljen vor der Fotze / Macht Hollywood im Hitlerkriege mit. / Blut wird zu Samen, Angstschweiß wird zum Rotze.*“ Es musste aus der Sammlung weichen. Heutige oder westliche Empörung über „die Prüderie“ der DDR-Oberen beweisen allerdings außer Heuchelei auch Geschichtsvergessenheit: Die drei Sekunden eines nackten Frauenkörpers und die Thematisierung einer Tötung auf Verlangen samt Selbstmord der „Sünderin“, gespielt von Hildegard Knef, hatten ab 1951 in Westdeutschland zu jahrelangen auch gerichtlichen Auseinandersetzungen geführt. Bis zum Ende der DDR ließ sich die BRD in Sachen tatsächlicher Prüderie, im Unterschied zu kommerzieller Verwertung von Körpern in Waren, von dieser nicht übertreffen.

Es ist der Vorzug der erweiterten Neuauflage des Buches, dass nicht nur zu dessen Entstehung Sachkundiges erläutert wird, z.B. dass drei Anfang 1944 entstandene Fotoepigramme von Februar



bis Juni desselben Jahres in der *Austro-American Tribune* in New York erschienen, dem Sprachrohr der aus Österreich in die USA Entkommenen. Auch die Dokumentation von Vorarbeiten und Entwürfen im Anhang ist nützlich. Brecht benötigte letztlich fünf Jahre, um das Bilderjournal durchzusetzen und seine Drucklegung ein Jahr vor seinem Tod zu erreichen, allerdings trotz massiver Werbung des Eulenspiegel-Verlags mit zunächst lediglich 3.400 verkauften Exemplaren in der DDR. Dass in der Bundesrepublik – bei damals weitgehend freiem Reiseverkehr – nur 200 Exemplare abgesetzt werden konnten, weist darauf hin, dass ein Schimpfen auf die DDR in diesem Zusammenhang verfehlt ist. Denn dort konnte das Buch erscheinen, in der BRD nicht: Der Münchner Verleger Kurt Desch, dem das Werk zuvor angeboten worden war, zumal er bereits die Rechte für den Dreigroschenroman und Lyrik-sammlungen erworben hatte, lehnte ab.

Das Nachwort beginnt mit einem Zitat aus Brechts Schrift „Über die Wiederherstellung der Wahrheit“ aus dem Jahr 1934: „*In Zeiten, wo die Täuschung gefordert und die Irrtümer gefördert werden, bemüht sich der Denkende, alles, was er liest und hört, richtigzustellen. [...] Von Satz zu Satz ersetzt er die unwahren Aussagen durch wahre.*“ Heutzutage haben sich die Täuschungen und falschen Aussagen vervielfacht. Dennoch bleibt „den Denkenden“ dieselbe Aufgabe. Um die Wiederherstellung der Wahrheit geht es auch bei Bildern und Fotos, heute mehr denn je. Mit der „Kriegsfibel“ schaffte Brecht dies in einzigartiger poetischer Weise.

KARL WIMMLER

Bertolt Brecht: *Kriegsfibel*. Berlin: Eulenspiegel Verlag 2025, 208 S., 25 x 30,5 cm, 38 Euro

Die kommunistische Bewegung in Indien

RAJARSHI ADHIKARY

Die Oktoberrevolution des Jahres 1917 orientierte sich in Richtung Europa und kehrte Asien zunächst den Rücken. Nach dem Abebben der revolutionären Welle in Europa infolge der Niederschlagung der bayrischen und ungarischen Räterepubliken wurde schnell deutlich, dass sich der revolutionäre Geist an einem anderen Ort entzünden werde.

Die Kommunistische Internationale reagierte mit der Errichtung der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens (KUTW) im Jahr 1921, die in Analogie zur Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ) und zur 1926 gegründeten Internationalen Lenin-Schule in Moskau gedacht war. Taschkent, die Hauptstadt Usbekistans, wurde zu einem sowjetischen intellektuellen Zentrum, das das Banner der Revolution in die bislang koloniale Welt tragen sollte. In diesem Umfeld wurde 1920 in Taschkent die Kommunistische Partei Indiens gegründet.

Vorgeschichte

Die Menschen Indiens wurden durch EuropäerInnen auf den Marxismus aufmerksam. 1916 fand sich eine Gruppe indischer Nationalisten in Berlin und Konstantinopel ein, um die Unterstützung der Achsenmächte gegen die britische Herrschaft zu erreichen. Die politischen Verhältnisse während des Ersten Weltkriegs führten dazu, dass diese Bemühungen einigermaßen erfolgreich waren. Allerdings wurde mit der absehbaren Niederlage der Achse 1918 immer klarer, dass der von Deutschland unterstützte Aufstand in Indien niemals stattfinden würde. Zudem hatte bereits im Jahr davor die Russische Revolution Europa erschüttert. Ein Großteil der indischen Nationalisten in Berlin, angeführt von Virendranath Chattopadhyay, orientierte sich an Moskau.

Die Niederlage des Osmanischen Reiches stieß bei den indischen Muslimen auf Ablehnung. Impulse antikolonialer Politik in Indien hatten zur Folge, dass sich eine große Zahl orthodoxer Muslime auf die lange Reise nach Istanbul begab, um das zu Fall gebrachte Kalifat wiederauferstehen zu lassen. Auf ihrem Weg begegneten sie sowjetischen Grenzbeamten aus Zentralasien. So trafen islamische Vorstellungen von Gleichheit auf

den sozialistischen Traum der Revolution. Viele dieser „Muhajirs“ (MigrantInnen) wurden zu KommunistInnen, nachdem sie auf der Durchreise die Vision Lenins kennenlernten. Die Aktivitäten der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens und die in Berlin ansässigen InderInnen schlossen sich mit jenen „Muhajirs“ zusammen, um im Jahr 1920 in Taschkent die Kommunistische Partei Indiens zu gründen.

Konfrontation mit der britischen Herrschaft

Auf indischem Boden wurde die KP im Jahr 1925 in der nordindischen Stadt Kanpur gegründet. Die Parteigründung fiel in die Zeit des „Roten Schreckens“, der vom britischen Empire entfacht wurde, eine Reihe von Prozessen folgte. Viele der Gründungsmitglieder der Partei waren entweder gezwungen, unterzutauschen oder fanden sich in britischen Gefängnissen wieder. Die politische Verfolgung bedeutete, dass es der Partei kaum gelang, zu einer unabhängigen politischen Kraft zu werden. Die Parteidoktrin der 1920er Jahre wurde von einer Organisationsdebatte zwischen Lenin und dem indischen kommunistischen Führer, Manabendranath Roy, bestimmt. Letzterer vertrat die Meinung, dass die KP auf die Einheit zwischen den ArbeiterInnen und BäuerInnen, unabhängig von den nationalistischen Kräften hinarbeiten sollte, die er als bourgeoise Kollaborateure ansah. Lenin, andererseits, vertrat die Ansicht, dass die indische Bourgeoisie bestimmte nationalistische Bestrebungen teilen müsse, um mit dem britischen Kapital konkurrieren zu können. Die Komintern ihrerseits war eher geneigt, der von Roy vertretenen Linie zu folgen.

Die Situation änderte sich drastisch in den 1930er Jahren mit der Machtübernahme des Faschismus in Europa. Angesichts der Nazi-Barbarei erklärte Georgi Dimitrow, der damalige Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, dass der Kampf für die „höchste gerechte Sache“ alle fortschrittlichen Völker der Welt zu einer Einheitsfront zusammenbringen müsse. In ähnlicher Weise begannen in Indien die KommunistInnen mit der Unterwanderung der nationalen Partei, der Kongresspartei. Sie machten dabei große Fortschritte, schlussendlich gelang ihnen sogar, die Führung eines

separaten linken Flügels der nationalistischen Bewegung zu übernehmen. Mit dem Überfall der Nazis auf die Sowjetunion fanden sich das britische Empire und die Sowjetunion plötzlich auf derselben Seite des Kampfes. Das Verbot der KP Indiens wurde unter der Bedingung aufgehoben, dass die KommunistInnen die britische Regierung bei ihren Kriegsanstrengungen unterstützen sollten.

Allerdings stellte die KP unter Führung ihres ersten Generalsekretärs P. C. Joshi klar, dass die indischen Massen zwar die Kriegsanstrengungen gegen die Nazis unterstützen, jedoch dem britischen Empire in keiner Weise dabei behilflich sein würden. Die KommunistInnen führten einen erbitterten Kampf gegen die Hungersnot, die offiziell – in einer Provinz alleine – drei Millionen Menschen das Leben kostete, indem sie die Kollaboration der indischen Bourgeoisie mit dem britischen Kapital bloßstellten. Diese hatte erst ermöglicht, dass sich die Tragödie im Namen der Kriegsanstrengungen ereignen konnte. Dieser Kampf, der zeitgleich mit jenen der BäuerInnen im Südosten und Streiks im Nordwesten Indiens geführt wurde, brachte den KommunistInnen enormes politisches Ansehen ein – so groß, dass sie als die zweitstärkste Partei aus den ersten allgemeinen Wahlen 1952 nach der Unabhängigkeit 1947 hervorgingen. Der politische Kampf war von einer kraftvollen kulturellen Bewegung begleitet.

Nach der Unabhängigkeit

Indien erlebte seine Unabhängigkeit in Form einer tragischen Teilung des Landes, die mit der Gründung Pakistans zur Geburt eines neuen Staates führte. Diese Tragödie und die auf die Teilung des Landes folgenden Vertreibungen dämpften die Freude über die Unabhängigkeit. Die KommunistInnen, die mehrere Bauernaufstände im Land anführten, standen vor der Wahl: entweder ihre Waffen gegenüber dem unabhängigen Staat niederzulegen und sich an Wahlen zu beteiligen oder einen langanhaltenden Bürgerkrieg wie in China riskieren. Nach mehreren Treffen des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) und Zusammenkünften der KP Indiens mit der KPdSU, in die Stalin persönlich intervenierte, kam man zu dem Schluss, dass sich die KommunistInnen nicht in der

Lage befanden, sich auf einen Bürgerkrieg einzulassen, und dass es daher besser war, dass sie ihre Kämpfe innerhalb des von Wahlen bestimmten gesellschaftlichen Gefüges fortsetzten. Dieses Dilemma zwischen bewaffnetem Kampf und Teilnahme an Wahlen führte zur Entstehung eines ultralinken Flügels und einer „revisionistischen“ Fraktion innerhalb der Partei. Die „RevisionistInnen“ vertraten den Standpunkt, dass die KommunistInnen jedwede Form der verfassungswidrigen Methoden des Kampfes aufgeben und die Regierungen unterstützen sollte, eine Position, die vom sowjetischen Block mitgetragen wurde. Die Ultralinken wollten hingegen den bewaffneten Kampf gegen den Staat weiterführen. Die Gemäßigten, die in den 1940er Jahren die KP Indiens dominierten, verfolgten einen pragmatischen Zugang, wonach sie sich an Wahlprozessen beteiligten und gleichzeitig mit verfassungswidrigen Mitteln die nationale Bourgeoisie bekämpften.

Stalins Tod im Jahr 1953, Chruschtschows Abkehr von Stalin im Jahr 1956 und die Abwendung Chinas von der Sowjetunion führte die KP Indiens in ein politisches Tief. Chruschtschow ersuchte die KP, ihre Gegnerschaft gegenüber der indischen Regierung zu mäßigen, die ihrerseits in einem engen Bündnisverhältnis mit der UdSSR stand. Die RevisionistInnen innerhalb der Partei wollten dieser Linie zum Durchbruch verhelfen. Die Linksextremen jedoch setzten jedoch ihre Orientierung auf Massenstreiks und -aufstände fort.

Spaltungen

Auf Dauer erwies sich das gemeinsame Agieren in einer derart gespaltenen Partei als nicht mehr tragbar. 1964 spaltete sich die Kommunistische Partei in die KP Indiens (M) – die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten) –, die von den Moderaten angeführt wurde, und die ursprüngliche Kommunistische Partei Indiens (KPI) unter Führung der prosovietischen „RevisionistInnen“. Obwohl die Mehrheit der Parteiführung in der KP Indiens verblieb, trat der Großteil der Parteibasis der neugegründeten KP Indiens (M) bei, die das ikonische Symbol von Hammer und Sichel beibehielt.

Die KP Indiens (M) bewegte sich weiter auf dem schmalen Grat zwischen Unterstützung der Bauernaufstände und der Teilnahme an Wahlen. Die Ultralinken riefen 1967 zu einem bewaffneten Aufstand in Indien auf, was zu einer weiteren Spaltung der Partei führte. Sie bilde-

ten die KP Indiens (ML/Marxisten-Leninisten) und kritisierten die KP Indiens (M) als revisionistisch. Der Aufruf zu einem bewaffneten Aufstand ohne entsprechende Unterstützung in den Massen hatte desaströse Folgen. Die KP Indiens (ML) forderte die massenhafte Tötung aller „Klassenverräter“. Das Ergebnis jedoch, dass mehr der KP Indiens (M) angehörende ArbeiterInnen als Landbesitzer getötet wurden, bevor die Partei selbst von der brutalen Gewalt des indischen Staates zermalmt wurden. In den 1970er Jahren hatte sich der Großteil des linksextremen Abenteuerertums erledigt. Die KP Indiens (M) setzte ihren Kampf gegen die nationale Bourgeoisie fort, wobei es ihr gelang, in drei indischen Bundesstaaten Regierungen zu bilden. Sie führte zuletzt ein breites Bündnis aus linken Kräften, einschließlich der „revisionistischen“ KP Indiens, zu einem Höhepunkt linker Politik in Indien, als es dem Bündnis bei den Wahlen des Jahres 2004 gelang, 64 Abgeordnete ins indische Parlament zu entsenden.

Erfolge und Niederlagen

Die drittstärkste Gruppe im indischen Parlament zu sein, bedeutete, dass die Partei entscheidend zum Funktionieren der Koalitionsregierung der 2000er Jahre beitrug. Es gelang ihr, wichtige Gesetze umzusetzen – etwa das allgemeine Recht auf Bildung, das Garantiesystem für Arbeitskräfte im ländlichen Raum, Lebensmittelpprogramme für alle und das Gesetz über das Recht auf Information. Dies trug dazu bei, den sich verschlechternden Lebensbedingungen entgegenzuwirken, die den Massen durch Indiens Kapitulation vom Internationalen Währungsfonds 1991 aufgezwungen worden waren. 2009 spielte die KP Indiens (M) eine Schlüsselrolle bei der Ablehnung eines Nuklearabkommens mit den USA, das Indiens Souveränität untergraben hätte. Doch in einem Land, das gerade erst begonnen hatte, sich für den US-Traum einer neoliberalen Weltordnung zu begeistern, ging diese Gegnerschaft unter.

Die Überreste der linksextremen Fraktionen fanden sich 2004 zur KP Indiens (Maoisten) zusammen. Sie verfolgten ihre Agenda des bewaffneten Kampfes gegen den indischen Staat fort. Manchmal hatten sie die Unterstützung der indigenen Bevölkerung, deren Landrechte zu schützen sie gelobt hatten. Allerdings scheiterte ihre Strategie, sich zur Bekämpfung des indischen Staates in die dichten Wälder zurückzuziehen, angesichts ihrer Unterlegenheit gegenüber



dem Militär, schnell. Mit Stand 2025 hat sich ein Großteil der Führerschaft der KP Indiens (Maoisten) ergeben. Ihr Dogmatismus jedoch bedeutete, dass sie zu nützlichen Idioten des indischen Staates wurden, der sie geschickt gegen die von der KP Indiens (M) geführten Regierungen einsetzte. Zwischen 2008 und 2011 ermordeten MaoistInnen in Zusammenarbeit mit rechten Parteien in Westbengalen über 500 Mitglieder der KP Indiens (M). Die KP Indiens (M) konnte sich nicht von diesem Schlag erholen und wurde 2011, nach einer Herrschaft von 34 Jahren, in Westbengalen abgewählt. Nach 2011 stand die Oppositionspolitik vor einer neuen Herausforderung, als KP-Mitglieder in den Provinzen Westbengalen und Tripura von rechten Parteien erbarmungslos verfolgt wurden. Sogar in Kerala, wo es so wirkt, als wäre die KP Indiens (M) mit der Macht verwachsen, ist mittlerweile die Rettung ihrer Kader zu einem schwierigen Unterfangen geworden, da Rechtsextreme KommunistInnen oft ungestraft ermorden können.

Doch es gibt auch Lichtblicke kommunistischer Politik in Indien unter Premierminister Narendra Modi. Aufgrund der rücksichtslosen Verfolgung und des Mangels an einer klaren politischen Vision nach dem Ende der Sowjetunion ist die Kommunistische Partei aktuell auf wenige Regionen reduziert. Selbst inmitten düsterer Zeiten ist es der KP Indiens (M) gelungen, in Kerala als erstem indischen Bundesaat die absolute Armut zu beseitigen. Unbeeindruckt von Wahlniederlagen gelang es der KP Indiens (M), die BäuerInnen Nordindiens 2021 in einen historischen Kampf zu führen und die Agenda der Zentralregierung zurückzudrängen, die Großkonzernen den Zugang zum indischen Landwirtschaftssektor gewährt hätte. Trotz dieser Erfolge bleibt offen, wie die KP Indiens (M) auf die größeren Fragen antwortet, vor denen die indische Wirtschaft heute steht, die durch großangelegte Privatisierungen, Deindustrialisierung zugunsten des Dienstleistungssektors und einen stagnierenden Agrarsektor gekennzeichnet ist.

Übersetzung: Hilde Grammel

Marbel Sandoval Ordóñez: An einem Seitenarm des Río Magdalena. Aus dem kolumbianischen Spanisch von Erich Hackl. Wien: bahoe books 2025, 180 S., 22 Euro

Mit Buchtiteln ist es so eine Sache. Sie sollen den Inhalt des Buches mit wenigen Worten plakativ beschreiben und zum Erwerb motivieren. Manchmal ist es aber auch ganz anders. Der Titel des hier zu besprechenden Buches könnte durch die Worte „Seitenarm“ und „Río Magdalena“ darauf hindeuten, dass die LeserInnen etwas Romantisches oder Idyllisches erwartet. Doch bereits der erste Satz des Buches (der da lautet: „Paulina Lazcarros Leiche wurde nie gefunden“) holt die LeserInnen, die sich vielleicht von dem Titel zu den eingangs erwähnten Assoziationen haben verführen lassen, schlagartig auf den Boden der Tatsachen zurück. Allerdings wird sich ein/e aufmerksame/r Leser/in nicht auf eine falsche Fährte führen lassen, wenn er/sie liest, dass das Buch von Erich Hackl aus dem kolumbianischen Spanisch übersetzt wurde. Denn weder ist der österreichische Schriftsteller ein Romantiker noch Kolumbien ein Land, das idyllischen Fantasien übermäßigen Raum bietet.

Die Autorin schildert einen authentischen Fall, der sich 1984 in der am Río Magdalena gelegenen Stadt Barrancabermeja, die durch ausgedehnte Erdölvorkommen ein ökonomisches Zentrum des Landes ist, zugetragen hat. Das Gebiet war ein Brennpunkt des kolumbianischen Bürgerkriegs, wo linke Gruppen der FARC und der ELN jahrzehntelang gegen die von der Regierung ausgerüsteten rechtsextremen Todesschwadronen, den so genannten Paramilitärs, kämpften.

Im Mittelpunkt steht die Geschichte zweier 14- bzw. 15-jähriger Mädchen und deren intensive Freundschaft, die an der Wirklichkeit der kolumbianischen Gesellschaft zerbricht. Denn eine der beiden, Paulina, wird in dem Krieg, den die Regierung gegen das eigene Volk führt, umgebracht. So versinnbildlicht das Schicksal der beiden Protagonistinnen des Romans das gesamte Elend Kolumbiens. Das Besondere an dem Buch ist, dass die beiden jungen Frauen, die ermordete Paulina und ihre Freundin, Sierva Maria, abwechselnd und unabhängig voneinander als Ich-Erzählerinnen ihre Sicht auf die Ereignisse und Geschehnisse berichten. Dieser Kunstgriff der Autorin, die sich dadurch als allwissende Erzählerin geschickt zurück-

nimmt, ermöglicht es, dass Geschichte aus der Sicht der Betroffenen erzählt wird. Die große Politik erschließt sich aus Berichten von Paulina und Sierva über deren persönliches Schicksal, ohne dass über die politischen Zusammenhänge ausführlich erzählt wird. Der politische Hintergrund des Romans ist der Krieg der Großgrundbesitzer gegen die einfache Landbevölkerung und deren Widerstand in den Reihen der Guerilla. Das Ziel dieses Krieges ist die Vertreibung der Kleinbauern von ihrem Grund und Boden. Allein nach dem Mord an Paulina und ihrer Familie fliehen 3000 Bauern nach Barrancabermeja. Die anhaltenden Überfälle der Todesschwadronen setzen die Bauern unter Druck und zwingen sie schlussendlich, ihr Land zu einem Spottpreis zu verkaufen. Es geht im Roman also auch um die sich immer wiederholende Geschichte der kapitalistischen Reichtumsanhäufung, zu der auch gehört, die bäuerliche Bevölkerung mit Gewalt von ihren Ländereien zu vertreiben, um in den Städten die industrielle Reservearmee aufzufüllen und sie zu Hungerlöhnen zu beschäftigen.

Paulina lebt auf einer kleinen Finca im Dschungel, Sierva mit ihrer Mutter, die Schneiderin ist, in Barrancabermeja. Paulinas Vater, der im Zuge einer Bodenreform Land erhalten hatte und sich als Kleinbauer für soziale Gerechtigkeit engagiert, wird von den Todesschwadronen ermordet, woraufhin die Familie nach Barrancabermeja flieht. Dort lernt Paulina ihre Mitschülerin Sierva kennen. Beide verstehen sich auf Anhieb und hängen den ganzen Tag gemeinsam herum. In einer Bibel-Stunde lernen sie, Dinge kritisch zu hinterfragen. Paulina will Anwältin werden und sich wie ihr Vater für die Armen engagieren. Nebenbei erfährt der Leser auch etwas über die schlechten Lebensumstände in dem auch Ölhauptstadt Kolumbiens genannten Barrancabermeja, wo das Wasser nach Benzin schmeckt und alles nach Erdöl riecht.

Schließlich kehrt Paulina zusammen mit ihrer Familie auf ihre Finca zurück. Die Beschreibung des einfachen, aber erfüllenden Lebens auf der kleinen, am Seitenarm des Río Magdalena gelegenen Farm, ist das Stück Idylle, das im Titel des Buches angelegt ist. Doch die Idylle ist eine scheinbare. Denn am Tag ihrer Rückkehr werden Paulina, ihre Mutter und Nachbarn von den Todesschwadronen unter Beteiligung von Militärs bestialisch ermordet. Die Tötung Paulinas und ihrer Familie wird von Paulina selbst erzählt. Oft muss man beim Lesen dieser

Passagen innehalten, weil die Grausamkeiten, über die Paulina berichtet, derart massiv und schockierend sind. Parallel zu den von Paulina geschilderten Ereignissen erzählt Sierva ihre Sicht der Geschichte. Sie, die keine Augenzeugin war und nur aus der Zeitung etwas erfährt, erzählt sowohl von ihren vergeblichen Versuchen, die Wahrheit ans Licht zu bringen, als auch von der groß angelegten Vertuschungsaktion. Denn von offizieller Seite heißt es, die Ermordeten seien Guerrilleros gewesen. Weil die Autorin Paulina die wahre Geschichte und Sierva die Geschichte der Vertuschung parallel erzählen lässt, wird die perfide Lüge der staatlichen Stellen und ihre Versuche, ihre eigene Verstrickung in diese Aktion zu verheimlichen, mit den Mitteln der Kunst entlarvt.

Das Buch stellt das persönliche Leid der Getöteten in den Mittelpunkt, das im Gegensatz zu den politischen Umständen minutiös und schonungslos beschrieben wird. Dieses Spannungsverhältnis zeichnet das Buch aus, auch weil es der Autorin gelingt, das menschliche Leid ohne Retusche darzustellen. Paulinas Tortur steht stellvertretend für die rund 200.000 größtenteils von den Todesschwadronen mit staatlicher Billigung ermordeten Menschen. Es ist eine individuelle Geschichte, in der aber alle politischen Zusammenhänge enthalten sind.

Zuletzt kommt doch noch ein Fünkchen Wahrheit ans Licht, als engagierte Staatsanwälte versuchen, das Massaker aufzuklären. Sie können zwar drei Verdächtige festnehmen, müssen aber ihre Ermittlungen abbrechen, weil sie selber ins Visier der Todesschwadronen geraten und ihres Lebens nicht mehr sicher sind. Wie zum Hohn mutet es an, dass Großgrundbesitzer und Viehzüchter eine Unterstützungsfonds für die drei Verhafteten ins Leben rufen. Für Sierva bleibt am Ende nur die traurige Erinnerung an ihre geliebte Freundin und die Erkenntnis, dass den Regierungsverlautbarungen nicht zu trauen ist. Schockierend ist es für die junge Frau auch zu erleben, dass sich in der Öffentlichkeit nach einer kurzen Zeit der Aufregung über Paulinas Tod Gleichgültigkeit breit macht.

Für Idylle bleibt also keine Zeit. Stattdessen herrschen Brutalität, Menschenverachtung und Mord. Und doch bleibt ein Stück Hoffnung, weil es Menschen wie Sierva gibt, die sich an Paulina ewig erinnern will. Die Autorin, Marbel Sandoval Ordóñez, arbeitete viele Jahre als Journalistin und lebt heute als freie Schriftstellerin in Bogotá und Madrid.

Sie kennt sich mit den Verstrickungen staatlicher Organe, Großgrundbesitzer, Drogenkartelle und Todesschwadronen genau aus. „En el brazo del río“, so der spanische Titel des Buches, ist ein Dokument gegen das Verschweigen und für das Erinnern. Der Band ist zusammen mit den noch nicht ins Deutsche übersetzten „Las Brisas“ und „Joaquina Centeno“ Teil des Romanzyklus „Conjuro contra el olvido“, Verschwörung gegen das Vergessen.

STEFAN KRAUS

Branko Milanović: The Great Global Transformation. National Market Liberalism in a Multipolar World. London: Allen Lane 2025, 264 S., 22,99 Euro

Der Titel der Neuerscheinung von Branko Milanović bezieht sich auf „The Great Transformation“ von Karl Polanyi (1944); Milanović hält aber die aktuelle, globale Transformation für noch größer: „Der Aufstieg Asiens bedeutet eine Rückkehr zur Verteilung ökonomischer Macht, wie sie vor der Industriellen Revolution existierte. Es ist daher ein gleich wichtiges Ereignis wie die Industrielle Revolution des neunzehnten Jahrhunderts, die es europäischen Ländern ermöglichte, von ökonomischer und militärischer Überlegenheit profitierend, verschiedene Teile der Welt zu erobern. Mit dem Aufstieg Chinas und Asiens hat diese Periode ein Ende gefunden.“ (S. 1, eigene Übersetzung)

Es handelt sich bei diesem Buch um eine Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage der Welt, für die der Autor aber auf eine höchst gewinnbringende Weise weit historisch ausholt. Seine größte Leistung besteht darin, dass er ein umfassendes Modell liefert, um zu erklären, wie der Neoliberalismus die Voraussetzungen für sein eigenes Ende schuf. Die neue Ordnung nennt er „National Market Liberalism“, Nationalmarkliberalismus.

Milanović beschreibt zunächst die multipolare Ordnung und wie sie zustande gekommen ist, wobei auch die damit zusammenhängende Umformung der globalen Klassenverhältnisse analysiert wird (Kapitel 1 und 2). Als zentral ist hier die Feststellung hervorzuheben, dass der Aufstieg Asiens die westlichen Mittelschichten schwächt. Ein eigenes Kapitel (3) ist dann der weltweiten Entstehung neuer Eliten gewidmet, wobei der Autor die Reaktion auf deren Aufstieg im Aufkommen des Nationalmarkliberalismus sieht (Kapitel 4). Zum

Schluss geht er kurz auf den Nationalismus als ideologische Erscheinungsform dieser neuen Ordnung ein (Kapitel 5).

Sollte man immer noch nicht davon überzeugt worden sein, dass das Bonmot der Multipolarität auf die aktuelle Weltlage zutrifft, findet man bei Milanović viele Kennzahlen und Diagramme, die zeigen: Es ist zu Ende mit der globalen US-Hegemonie, mit dem unipolaren Moment. China ist nicht nur kein Entwicklungsland mehr, der Konflikt mit der Volksrepublik ist für die USA sogar wirtschaftlich betrachtet herausfordernder als es der Kalte Krieg war. Verlierer des Aufstiegs Asiens und insbesondere Chinas sind bereits jetzt die unteren Schichten im Westen, die im weltweiten Vergleich abrutschen, sich z.B. nicht mehr Urlaub in Thailand oder das neueste Smartphone leisten können. Kommt man zurück zum Vergleich mit der Industriellen Revolution, könnte man sagen, dass die westlichen ArbeiterInnen so ihre Position als globale „Arbeiteraristokratie“ verlieren und sozusagen reproletarisiert werden.

Führt nun Konvergenz zu mehr Frieden oder mehr Krieg? Unter Rückgriff auf eine Vielzahl von marxistischen und anderen Theorien, die von Milanović auf eine eigene Weise ausgelegt und zusammengefügt werden, kommt er kurz gesagt zum Schluss: mehr Krieg. Die US-Investitionen seit den späten 1970er Jahren waren eine Voraussetzung für Chinas Erstarken; die Deindustrialisierung der USA und des Westens war lediglich die Kehrseite der Industrialisierung Chinas und Asiens. Was Ersteren nun unter anderem bleibt, ist das enorme Vermögen, welches in Form von Militärmacht auf dem Globus verstreut ist. In dem Konflikt zwischen Washington und Peking, der für Milanović seit den 2010ern einen interimperialistischen Charakter aufweist, wird dieses künftig wohl noch mehr zum Einsatz kommen. Denn der alternative Lösungsweg der „China challenge“ (S. 76), Umverteilung zugunsten der Mittelschichten, wurde nicht eingeschlagen. Stattdessen entbrannte ein Kampf um die Regeln der Globalisierung.

So verschieden die chinesische und die US-amerikanische Gesellschaft sind, konstatiert Milanović doch, dass sich in der Zusammensetzung ihrer Eliten ein ähnlicher Trend niederschlägt. Vor allem in den Vereinigten Staaten beobachtet er schon länger eine Tendenz hin zu einem Phänomen, das er „Homoploutia“ nennt: In etwa ein Drittel der US-Eliten bezie-

hen gleichzeitig ein hohes Arbeits-einkommen und ein hohes Kapitaleinkommen. Dies sei „die einzige Entwicklung im modernen Kapitalismus die Marx überraschen würde.“ (S. 113, eigene Übersetzung) Sie sorgt dafür, dass die Position der Eliten an Stabilität gewinnt, materiell wie auch ideologisch. Gewährleistet wird das hohe Arbeitseinkommen durch immense Investitionen in Bildung. Was ein Harvard- oder Yale-Abschluss in den USA ist, ist in China eine Position in der KP. Dort sind neuerdings hauptsächlich KapitalistInnen sowie private ManagerInnen in den höchsten Einkommens-perzentilen zu finden, doch die Spitzen-verdienenden unter den Ersteren sind zu-meist Parteimitglieder – Milanović errechnet ein Plus von ungefähr 34 Prozent.

Der Aufstieg der neuen Eliten, die von der neoliberalen Globalisierung profitiert hatten, zieht weltweit Hass auf sich. Dieser finde im Westen durch den erstarken-den Populismus, in China durch die wieder stärker gewordene Kommunistische Partei und in Russland durch die Herrschaft der Geheimdienste seinen Ausdruck. Anders als bei Polanyi bringen diese Kräfte allerdings nicht den Faschismus hervor, sondern den Nationalmarkliberalismus, der sich dadurch kennzeichne, dass nach außen hin Protektionismus zur Norm wird („Tariffs, tariffs, tariffs!“), die Binnenwirtschaft aber nach wie vor markliberal strukturiert ist. Der letztere Umstand ist für Milanović der Hauptunterschied zum Faschismus – er versteht an dieser wohl schwächsten Stelle des Buches den Begriff „Nationalsozialismus“ wörtlich – wobei er aber zugibt, dass der gesellschaftsliberale Aspekt ebenfalls zunehmend ins Wanken gerät.

Die Faschismusfrage ist eine der wichtigsten Fragen, die das Buch nur unbefriedigend, da historisch schlecht informiert und nur sehr kurz, beantwortet. Der Wiener Historiker Philipp Ther kommt in dieser Hinsicht, ebenfalls in Bezug auf Polanyi, zu einem anderen Schluss: Er sieht spätestens seit 2016 eine Entwicklung im Westen und in Russland hin zum Faschismus. Was außerdem zu kurz kommt, ist die Rolle Europas bzw. der Europäischen Union, die von Milanović meist nur als Anhängsel der Vereinigten Staaten Erwähnung findet. So muss man sich aktuell vor dem Hintergrund der Grönland-Krise ernsthaft fragen, wie lange der politische Westen als imperialistischer Block noch Bestand haben wird.

„The Great Global Transformation“ könnte vielleicht das letzte große Werk

des wichtigen Ökonomen, der 1953 in Belgrad geboren wurde, sein. Es bedarf entsprechender Würdigung. Es ist nicht nur dann absolut lesenswert, wenn man die aktuelle globale politisch-ökonomische Lage verstehen will, sondern auch, wenn man an einer Historisierung der jüngsten Vergangenheit, der „Ende-der-Geschichte“-Epoche, interessiert ist. Wie Branko Milanović in einem kurzen geschichtsphilosophischen Exkurs festhält, gilt nämlich: „Historische Kräfte determinieren politische Ergebnisse“ (S. 188, eigene Übersetzung).

PHILIP KRUSCHWITZ

Heimo Halbrainer: Frieda, Sepp, Lisl, Franz und all die anderen. Widerstandskämpferinnen und Kämpfer gegen den Nationalsozialismus. Graz: CLIO 2026, 367 S., 25 Euro

In den Vorbemerkungen zu diesem im Grazer CLIO-Verlag erschienenen Buch schreibt der Historiker Heimo Halbrainer unter anderem: „Laut der Studie ‚Generation des Vergessens? Deklariertes Wissen von Schüler*innen über Nationalsozialismus, Holocaust und den Zweiten Weltkrieg‘ gaben rund 24 % der AHS-SchülerInnen auf die Frage, welche Widerstandsgruppen sie kennen, die ‚Weiße Rose‘, 3,6 % den jüdischen Widerstand, 2,5 % den christlichen Widerstand und 1,7 % die Gruppe O5 an.“ Es falle, so Halbrainer, darüber hinaus auf, dass „die meisten nur von einem deutschen Widerstand wussten bzw. Gruppen nannten, die im Widerstand in Österreich kaum eine Rolle gespielt haben“. Die in diesem Buch versammelten Studien über mehr als 20 Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aus der Steiermark liefern ausführliches Material gegen dieses Unwissen. Wobei der Autor im Fall der Steiermark noch die Besonderheit hervorhebt, dass in den Jahren der NS-Diktatur „weit über 90 % des [gerichtlich verfolgten] Widerstandes in der Steiermark von kommunistischen Widerstandsgruppen geleistet“ wurde.

Da dies außer in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wie der Autor in der Vorbemerkung beschreibt, mit wenigen Ausnahmen bis heute immer noch weitgehend unter den Tisch fällt, zeigen die Lebenswege der beschriebenen Frauen und Männer, von welchen Beweggründen ihre Handlungen geleitet waren und wie sie ihren Überzeugungen entsprechend gehandelt haben. Diese waren allesamt sozialistisch und kommunistisch geprägt, was bekanntlich ein wesentlicher Grund

dafür war, dass sie mit Beginn des Kalten Krieges, aber auch mit der um sich greifenden Bagatellisierung oder Umdeutung des NS-Krieges in der Versenkung verschwanden. Höchstens im engen, fast verschworenen Kreis der Mitkämpfer und Parteigenossinnen wurde ihr Ansehen jahrzehntelang nahezu heimlich hochgehalten.

Halbrainer zeigt dies eindrucksvoll in der wenige Seiten umfassenden Nachbemerkung anhand zweier unterschiedlicher Zeichensetzungen im Graz des Jahres 1961. Damals wurde von der Österreichisch-Jugoslawischen Gesellschaft am Zentralfriedhof das Internationale Mahnmahl für die hier verscharnten namentlich genannten WiderstandskämpferInnen und Opfer, davon viele Sloweninnen und Slowenen, errichtet, darunter auch die in diesem Buch genannten: „Hütet Freiheit und Frieden / denn wir starben für sie“, heißt es da in elf Sprachen. Während damit laut mehreren Zeitungsberichten „die Gefühle des Großteils der steirischen Bevölkerung verletzt“ worden seien, obwohl internationale Vertreter aus mehreren Staaten an der Eröffnung teilnahmen, war wenige Tage zuvor mitten in der Stadt ein Ehren- und Mahnmahl von Stadt, Land und Kameradschaftsbund der Bestimmung, „uns immer derer zu erinnern, die unser Vaterland im Kampf schützten“, übergeben worden – hier enthüllt vom Landeshauptmann Josef Krainer (ÖVP); charakteristische Umstände zu Beginn der 1960er Jahre.

Ein Teil der im Buch portraitierten Personen wurden bereits in biographischen Skizzen bzw. Monografien in den Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft im Lauf der Jahre vom Autor beschrieben, die nun für das Buch überarbeitet oder erweitert wurden. Manche dieser Frauen und Männer wurden wegen ihrer Widerstandstätigkeit hingerichtet, der überwiegende Teil der Beschriebenen hat überlebt, wobei die einzelnen Lebenswege ein breit gefächertes Spektrum eines widerständigen Lebens erfahrbar machen. Vom Schauspieler Karl Drews über die „rote Fürsorgerin von Leoben“ Anna Čadia, dem „Gerechten unter den Völkern“ Franz Leitner, dem Partisanen Sepp Filz, der schwer verletzt im KZ Ravensbrück von ihren Genossinnen geretteten Mathilde Auferbauer und ihrem Mann Karl bis zum Metallarbeiter Anton Buchalka (um nur einige zu nennen): Halbrainer beschreibt nicht nur ihre Widerstandstätigkeit, sondern auch ihr Leben danach, nach der Befreiung

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Rajarshi Adhikary, Irene Filip, Hilde Grammel, Clemens Gruber, Michael Hologschwandtner, Christian Kaserer, Stefan Kraus, Philip Kruschwitz, Simone Loistl, Manfred Mugrauer, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

Österreichs vom Faschismus. Untereinander, aber auch manchen Freunden und Genossinnen gegenüber wurden sie alle in der Regel mit dem Vornamen genannt, woraus sich der Titel des Buches ergab.

Die Präsentation des Buches im Grazer Museum für Geschichte nahm die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr zum Anlass, auf die besonderen Verdienste der Kommunistinnen und Kommunisten im Kampf gegen Nationalsozialismus und Krieg hinzuweisen, wobei sie darauf Wert legte, dies weniger als Bürgermeisterin, sondern als Kommunistin und Grazer KPÖ-Chefin zu betonen. Sie hob insbesondere auch die Leistung Heimo Halbrainers hervor, dem nahezu alle grundlegenden Forschungen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Graz und der Steiermark in den letzten 30 Jahren zu verdanken seien. Man muss diesem Werk eine breite Verbreitung über Graz und auch über die Steiermark hinaus wünschen. Ansonsten steht zu befürchten, dass die anfangs erwähnten Bildungslücken der österreichischen Schülerinnen und Schüler in weiteren Studien nur unverändert fortgeschrieben werden.

KARL WIMPLER